

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1918

13 (16.1.1918)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postkammer monatl. 1.10 M., 1/2jähr. 3.80 M., zugestellt durch unsere Träger 1.20 bezw. 3.60 M.; durch die Post 1.24 M. bezw. 3.72 M.; durch die Feldpost 1.25 M. bezw. 3.60 M., vorauszahlbar.

Ausgabe: Freitag mittags. **Geschäftszeit:** 7-1/2 u. 2-1/2 Uhr abends. **Herrspr.:** Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die Spalt. Kolonelle od. deren Raum 20 A. Platzanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 Uhr vorm., für größ. Aufträge nachm. zuvor. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gies & Cie., Karlsruhe.

Die Verbindung der Verfassungsvorlagen.

Man weiß in ganz Preußen und in ganz Deutschland, daß es keinen ungünstigeren Boden für den Erfolg der preussischen Wahlreform gibt als die Wahlrechtskommission des preussischen Abgeordnetenhauses, die am letzten Freitag ihre Verhandlungen begonnen hat. Die Regierung befindet sich dort in einer noch schwierigeren Situation als im Plenum des Reichstages, weil von dort aus ein Appell an die Öffentlichkeit mit der gleichen Wirkung nicht möglich ist und weil die begrenzte Zahl der Mitglieder wenig Aussicht bietet, durch Herüberziehung schwankender Elemente eine Mehrheit zu bilden. In der Kommission also, noch mehr als im Plenum, fühlen sich die Konservativen ganz in ihrem Element, sie sind sich dessen bewußt, daß ihre Stellung hier sehr stark ist, und darum haben sie auch gleich in der ersten Sitzung ihre Sache fest in die Hand genommen.

Der erste Vorstoß der Konservativen galt der Verbindung der vorliegenden Gesetzentwürfe durch ein Mantelgesetz. Unter einem Mantelgesetz versteht man ein Gesetz, das mehrere Gesetzentwürfe zu einem festen Ganzen verbindet, sodaß kein Teil aus ihnen herausgelöst werden kann, sondern in der Schlussabstimmung über Fall oder Gehwerdung des Ganzen entschieden wird. Neben der Wahlrechtsvorlage hat beinahe die Regierung auch einen Entwurf zur Reform des Herrenhauses und einen weiteren Entwurf eingebracht, durch den die Rechte des Herrenhauses bei der Beschlußfassung über den Staatshaushalt gegenüber denen des Abgeordnetenhauses erweitert werden. Diese 3 Vorlagen sollen nun nach dem Vorschlag der Konservativen durch ein Mantelgesetz zu einer einzigen zusammengefaßt werden.

Geht dieser konservativ-vorläufige Schritt durch, so bedeutet das zunächst eine Vereinfachung der Wahlreform, die dann ohne Erledigung anderer Materien selber nicht erledigt werden kann. Zugleich wird in reaktionärem Interesse eine Sicherheit dafür geschaffen, daß keine Wahlreform zustandekommt, ohne daß zugleich die Stellung des Abgeordnetenhauses herabgedrückt, seine Rechte verkürzt werden.

Es wäre gewiß eine Übertreibung, wollte man behaupten, daß der Wert einer demokratischen Wahlreform durch den gleichzeitigen Versuch, die Stellung des Herrenhauses zu heben, aufgezehrt würde. Ganz richtig hat der Berichterstatter in der Wahlrechtskommission hervorgehoben, daß sich überall, wo das Zwei-Kammer-System besteht, die zweite Kammer als die weit aus stärkere erwiesen hat. Das Kräfteverhältnis wird sich in dem Maße zu Gunsten der zweiten Kammer verschieben, wie das Wahlrecht zu ihr auf volkstümlicher Grundlage aufgebaut wird. Die Volkskammer, hinter der die lebendigen Kräfte des Volkes stehen, hat naturgemäß eine ganz andere Macht als ein zusammengefügtes, nur die oberen und obersten Schichten der Bevölkerung vertretendes Herrenhaus. Man mag also an Vorparaphenwert so viel aufbauen, wie man will, um die Zukunft des Abgeordnetenhauses ist uns nicht bang, sofern es nur zu einer wirklichen Volksvertretung gestaltet wird. Allerdings wird durch die gleichzeitige Hebung der Stellung des Herrenhauses ein Stein des Konflikts in die Zukunft gelegt, und sicher läßt sich voraussehen, daß wir in Preußen nach dem Zustandekommen der Wahlreform ähnlichen Kämpfen entgegengehen, wie jenen, die Englands innere Politik in den letzten Jahren vor dem Kriege ausgefüllt haben.

Wenn sich die Regierung berufen fühlte, solche Konfliktstoffe zu schaffen und Hemmnisse zu errichten, die nur reizen und erbittern, aber mit mathematischer Gewissheit schließlich beseitigt überwinden werden, so hat sie schwerlich ihre Aufgabe in dieser „großen Zeit“ richtig erkannt. Sie hat damit zugleich die Wahlreform selbst in den Augen der breiten Massen entwertet, denen sie das Gefühl eingab, daß in Preußen doch nichts gegeben werde, ohne daß zugleich auch etwas genommen würde.

Wesentliches Befremden muß es erregen, daß der Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg, dem Verlangen der Konservativen nach einem Mantelgesetz durchaus keinen unüberwindlichen Widerstand entgegenstellte, sondern ihn im Gegenteil recht weit entgegen kam. Friedberg meinte, gegen ein Mantelgesetz sei von der Regierung aus nicht einzutreten, zumal auch die Regierung selbst die drei Vorlagen als ein organisches Ganzes betrachtet, vielleicht sei aber ein einzelnes Mantelgesetz gar nicht notwendig, sondern könnte die Bestimmung genügen, daß keines der Gesetze ohne die anderen in Kraft treten könne.

Um den Standpunkt des Herrn Dr. Friedberg recht zu verstehen, muß man sich dessen erinnern, daß er seine Befehre zum gleichen Wahlrecht erst in jüngster Zeit vollzogen hat, während die Reform des Herrenhauses ein alter Lieblingsgedanke von ihm ist, für den er schon oft mit Temperament und Entschlossenheit eintrat. Als Nationalliberaler sieht eben Herr Dr. Friedberg seine Hauptaufgabe darin, das Großbürgertum gegenüber dem Landadel zu stärken. Sein Interesse

für die politische Gleichberechtigung der Massen ist ein mehr nebenständliches, in allerjüngster Zeit hinzugekommen.

Das ist eine Erklärung, die uns das Verhalten Dr. Friedbergs verstehen läßt, die aber vielmehr geneigt ist, uns zu beunruhigen als uns zu befriedigen. Wird die Herrenhausreform durch das besondere Interesse, das Friedberg an ihr nimmt, in den Vordergrund geschoben, die Wahlreform aber nur als eine Frage zweiten Ranges behandelt, dann verändert die Verfassungsreform vollständig ihr Gesicht.

Vor allem aber wird die Wirkung erzielt werden, daß über die Zahl der in das Herrenhaus aufzunehmenden Univeritätsprofessoren, Handelskammervertretern usw. endlos beraten und die Wahlreform auf diese Weise verschleppt werden wird. Erklärt die Regierung einmal, die Verfassungsvorlagen seien ein organisches Ganzes, dann beruht sie sich selbst der Möglichkeit, die Wahlreform aus allem Beiseite herauszulösen und ihre Gesetzgebung energisch zu betreiben.

Zeit läßt der Beginn, den die Verhandlungen in der preussischen Wahlrechtskommission genommen haben, wenig Gutes erwarten. Der Berliner sagt in solchen Fällen: „Schon kull!“

Kriegsnachrichten.

Deutscher Tagesbericht.

W.F. Großes Hauptquartier, 15. Jan. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz. Keine besonderen Ereignisse. An verschiedenen Stellen der Front Artilleriekämpfe.

Ostlicher Kriegsschauplatz. Nichts Neues.

Russische Front. Die Lage ist unverändert.

Italienische Front. Starke Angriffe, die der Italiener gegen die österreichisch-ungarischen Stellungen am Monte Melone und Monte Perica führte, sind unter schweren Verlusten gescheitert. Die tagsüber in den Angriffsbereichen anhaltenden Feuerkämpfe dehnten sich zeitweilig nach Westen über die Brenta, nach Osten bis zur Piave aus. Auch längs der unteren Piave und in Verbindung mit italienischen Vorstößen im Piave-Delta war die Artillerietätigkeit vielfach gesteigert.

Der 1. Generalquartiermeister: Ludendorff.

Oesterreichisch-ungarischer Tagesbericht.

W.F. Wien, 15. Jan. (Nichtamtlich.) Amtlich wird veröffentlicht:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Zwischen der Brenta und dem Monte Perica ging der Italiener nach starker, zeitweiser zum Trommelfeuer gesteigerter Artillerievorbereitung zum Angriff über. Nach sehr heftigen Kämpfen gelang es dem Feind, an einzelnen Stellen in unsere Gräben einzudringen. Im Gegenstoß wurde er jedoch aus diesen geworfen. Im ganzen Angriffsbereich ist die vorbereitete Kampflinie voll in unserem Besitz. Der Gegner erlitt schwere Verluste. An der unteren Piave wurde ein feindlicher Vorstoß bei Bressanz rasch zum Stehen gebracht.

Der Chef des Generalstabs.

Bulgarischer Bericht.

W.F. Sofia, 15. Jan. (Nichtamtlich.) Amtlicher Bericht von gestern: **Russische Front:** Im unteren Stambul zerkreuzten wir durch Feuer eine starke feindliche Erkundigungsabteilung. Zu beiden Seiten des Dobrujaee, in der Röglena-Gegend und südöstlich dem Doiran, etwas lebhafter auch in Bardar und Dolan. Unsere Posten betrieben eine energische Infanterie-Abwehr, die sich unteren Schützengräben zu nähern versuchte. In der Gegend von Vitolia und längs des Bardar u. der Struma lebhaft Artilleriekämpfe. **Dobruja-Front:** Waffenstillstand.

Neue U-Boot-Erfolge.

W.F. Berlin, 14. Jan. (Amtlich.) Eines unserer U-Boote hatte unter geschickter Führung des Oberleutnants z. S. Lohse letzten im Narmelkanal 5 Dampfer und 3 Fischerfahrzeuge mit rund 21000 MT. versenkt, eine Leistung, die um so anerkannterwerter ist, als die Erfolge von einem kleinen U-Boot in einem Seegebiet erzielt wurden, in dem die feindliche Gegenwirkung besonders stark ist. Alle Dampfer mit Ausnahme eines waren bewaffnet und tief beladen. Es konnte namentlich festgestellt werden: der englische bewaffnete Dampfer „Zolantha“ (3081 T.), sowie der bewaffnete englische Tank-

dampfer „Arca“ (4839 T.), der in geschickt durchgeführtem Angriff aus einem stark gesicherten Tankdampfer-Geleitzug herausgeschossen wurde. Die versenkten Fischerdampfer waren englischer Nationalität und führten die Namen „Gratitude“, „D. E. 25“, „Baruna“, „A. M. 43“ und „A. M. 201“.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Die Schwierigkeiten der Frachttransportfrage.

W.F. Berlin, 14. Jan. (Nicht amtlich.) Sir Erik Geddes, der Erste Lord der englischen Admiralität, gab bei der ersten Versammlung, die zwischen Vertretern der Regierung und den Vertretern der Gewerksvereine zur Beratung der Frage des Seereserajages stattfand, nach dem „Daily Telegraph“, die Erklärung ab, daß in den letzten sechs Wochen sich die Lage durch die Vorgänge in Russland völlig geändert habe. Letzten Endes würde der Ausfall durch die amerikanischen Armeen wieder mehr als ausgeglichen werden. Die Schnelligkeit, mit der diese Armeen der Front zugeführt werden könnten, hänge aber so gut wie ganz von der Frachtraumfrage ab. Infolgedessen würden in der nächsten Zeit die Hilfsquellen des Landes (England) erheblich in Anspruch genommen werden müssen. Zur Erringung des Sieges sei mögliche Steigerung des Schiffsraumes, Erparung von Frachtraum, Aufrechterhaltung der Armeen im Felde nötig. Nach sorgfältigster Bearbeitung durch die Regierung sei man zu der Ueberzeugung gelangt, daß man die Armeen im Felde nur auf der Höhe halten könnte, wenn man eine große Zahl von Leuten aus den Munitionsfabriken aushebe.

Die Ausführungen zeigen, wie die Frachtraumfrage die Herüberführung amerikanischer Truppenverbände in größerem Maßstabe unmöglich macht, und entweder die englische Front oder die englische Munitionserzeugung schwächt. Dies wird um so mehr der Fall sein müssen, als es England nach den neuesten Nachrichten vorzieht, im Hinblick auf die immer größer werdende Nahrungsmittelnot Brotgetreide, Fleisch und Futtermittel anstatt der Truppenhilfe von den Vereinigten Staaten zu erhalten.

Mißbrauch des Roten Kreuzes.

Berlin, 14. Jan. (Nicht amtlich.) Die Nachrichten und Einverständnisse englischer und französischer Offiziere bestätigen wiederum, daß bei den an der Front befindlichen Munitionstransporten das Rote Kreuz mißbraucht wird und daß zahlreiche Munitionslager hinter der feindlichen Front zum Schutz gegen Fliegerangriffe als Lazarette gekennzeichnet sind.

Wegen Spionage verhaftet.

Berlin, 14. Jan. Wie wir hören, ist am 11. Dezember 1917 der Herausgeber der in Amsterdam erscheinenden radikal-sozialistischen Wochenschrift „Der Kampf“, Karl Winter, auf deutschem Boden von der deutschen Grenz-wache in der Nähe von Nieuwstein festgenommen worden, nachdem er unbefugt den deutsch-niederländischen Grenzfluß (Wurm) überquert hatte. Winter ist dringend verdächtig, mit dem englischen Nachrichtendienst, insbesondere mit dem Büro Tinsley in Rotterdam, in Verbindung zu stehen und für dieses durch Mittelspersonen in Deutschland militärische und wirtschaftliche Spionage betrieben zu haben. Er hat bereits zugegeben, durch eine Vertrauensperson einen Brief an den Bürovorsteher einer Kreisamtsstelle gerichtet zu haben, in dem er um Auskunft über unsere Vorräte an Rohstoffen, die für die Rüstungsindustrie wichtig sind, bittet. Als seine Helfershelfer kamen etwa neun neun Personen in Westdeutschland und in Berlin in Betracht. Von diesen konnten nach kurzer Zeit fünf wieder aus der Haft entlassen werden.

Von der feindlichen Presse ist in den letzten Tagen die Nachricht verbreitet worden, in Deutschland seien etwa 100 Mitglieder der unabhängigen sozialistischen Partei verhaftet worden. Offenbar ist die eben geschilderte Verhaftung des Winter und seiner Helfershelfer auf diese Weise von der Entente aus leicht erkennbaren Gründen böswillig aufgekauft worden.

Englische Rüstungen.

W.F. London, 15. Jan. (Nicht amtlich.) Am Unterhaus führte der Minister für Nationaldienst, Sir Audland Geddes zur Begründung des Mannschaftsgesetzes (Menpower-Bill) u. a. aus: Wenn wir die Marine und die Luftwaffe zu vernehmen, wie wir beschließen, und die Armee im Felde aufrechterhalten, ist es notwendig, augenblicklich daranzugehen, im Lande 400 000 bis 450 000 Mann aus solchen, die jetzt im bürgerlichen Leben stehen, auszuheben. Diese Zahlen müssen als absolutes Minimum betrachtet werden. Zu gleicher Zeit werden wir jedoch eine große Zahl von Leuten aus den Truppenkörpern dem Bürgerleben zurückgeben, sodaß die Verminderung unserer industriellen Stärke viel geringer sein wird, als die Gesamtzahl der Neuaushebungen. Geddes kündigte an, daß nicht beabsichtigt sei, die untere Grenze des Dienstalters herabzusetzen oder die obere Grenze zu erhöhen oder den Dienstzwang in Irland einzuführen. Das Gesetz ist die selbständige zweimonatliche Verlängerung der Wehrzeit.

Seite 4.
Verität
ung, das
2206
lich ver
endes Ein
raub.
Karlsruhe.
kenntnis, daß
tagen den 17.
nema:
es und der
Kunfgeschicht
re Mitglieder
finden Grob
das Grob
Leitung des
anter. Ver
et im Grob
Schnachtsstüd.
önligen Mit
täglich von
ademiesfr. 6
20 u. 10 1/2
Woch, den
ssen. Vor
idung.
ne goldene
99 mit fei
ntauf wird
Uhr sichere
ung.
tr. 43.
men
für sofort
72
Karlsruhe
d.
fleißiger,
hen
2235
rn & Co.
rdtbad
d elegante
der.
Klasse.
Damen
gs vorm.
n. 8-8
abends
Sonntags
Uhr ge
2185
iten
s
freund
24.
ratue
sfreund
24.

ren sich gewöhnlich viele Leute in gewissen Beschäftigungen erfreuen, befristigen. Der zweite Paragraph ist dazu bestimmt, der Regierung durch Verfügung die Macht zu geben, alle Befreiungsbescheinigungen, die auf Grund der Beschäftigung erteilt werden, zurückzugeben. Geddes fügte hinzu: Solche Maßnahmen seien billigerweise notwendig, denn es seien gegenwärtig über eine Million Männer im Besitz von Befreiungsbescheinigungen, die sie vor dem Militärdienst schützten, die tatsächlich ungenutzt gemacht werden könnten. Zudem er nun die industrielle Seite der Menschenfrage behandelte, sagte Geddes, der voraussichtliche Bedarf an Munitionsmaterialien, der Admiralität und der anderen Abteilungen, die Arbeiter verwenden, beträgt 430 000 und der Bedarf an Frauen sei 119 000. Von allen diesen Anforderungen sei die wichtigste die für die Arbeit in den Schiffswerften zum Bau von Schiffsräumen für den Handel. Geddes erklärte, es sei eine erhöhte Möglichkeit gegeben, die Dienste alliierter und neutraler Ausländer für Arbeiten von nationaler Wichtigkeit in Anspruch zu nehmen.

Zeitungsbesitz in Frankreich.

Paris, 15. Jan. (Nicht amtlich.) Die Zeitung „Globe“ stellt aus Anlaß der Frontzeit, das fortwährende Plakat wie „L'Echo“, „Le Journal“, „Journal de France“, „Matin“, ferner auch „Homme d'Action“, bevor es umtauscht wurde, auf vielen Frontabschnitten verboten sind und keine Abonnements auf diese Blätter angenommen werden dürfen, daß dagegen „Journal“, „Matin“, „Petit Parisien“, „Union Française“ in Nummern verbreitet werden. „L'Echo“ werde als verdächtig aufgehoben, wegen des Blatts energisch protestiert und gleiches Recht für alle Zeitungen verlangt.

Warum England keinen Generalissimus will.

Genf, 15. Jan. (Nicht amtlich.) Die Zeitung „Genève“ veröffentlicht eine Zuschrift des Büros der „Times“, in der die Gründe dargelegt werden, warum England gegen einen gemeinsamen Generalissimus sei. In der englischen Darstellung heißt es u. a.: Der Erfolg einer solchen Einmischung hängt völlig von den Vorteilen ab, die die Heere davontragen, die der Generalissimus befehligt. Tatsache ist es, daß ein Heer eine Niederlage und alle ihre Folgen ertragen kann, wenn es von seinem eigenen Führer befehligt wird, daß es aber Niederlagen nicht dulden kann, wenn ein Führer anderer Nationalität es befehligt.

Kirchhoff zur Reichseisenbahnfrage.

Nachdem in der letzten Zeit der Austausch der Meinungen über die Reichseisenbahnfrage in der Öffentlichkeit und den Parlamenten verstummt war, läßt sich Dr. Kirchhoff erneut zur Reichseisenbahnfrage hören.

Der Vorkämpfer für die Vereinheitlichung des deutschen Eisenbahnwesens, Geheimrat Dr. Kirchhoff, kämpft um sein hohes Ziel mit einer Zähigkeit, die Bewunderung verdient. Er wendet sich diesmal in dem bekannten Kalender „Verkehrsboten“ (Herausgeber Otto Voeg; Verlag der Braunischen Hofbuchdruckerei Karlsruhe) an das deutsche Verkehrspersonal, dem er die Neuorganisation des Verkehrspersonals als eine Errungenschaft des Weltkriegs, als zwingend nachweisbar. Nach einem Rückblick auf die Epoche Bismarcks, als dessen letzter lebender Mitarbeiter Kirchhoff Zeuge der drastischen Worte war: „Die Nabelschnur zwischen Nord- und Süddeutschland darf nicht durchgeschnitten werden“, kommt er auf die Gegenwart zu sprechen:

„Je länger der Weltkrieg dauert, desto deutlicher werden die Anzeichen, daß wir uns zusammenraffen u. unter einheitlicher Führung dem bevorstehenden Wirtschaftskriege entgegengehen müssen. Deutschlands Eisenbahnwesen unter Einbeziehung des Binnenwasserstraßenwesens wird sich — wenn einheitlich betrieben — der uns auf dem wirtschaftlichen Gebiete bevorstehenden Aufgabe, die zurzeit auch nicht die kühnste Phantasie ausdenken kann, gewachsen zeigen. Nicht nur, daß wir aus dem Verkehrswesen das Höchste herausholen müssen, was herauszuholen ist, wir müssen uns auch immer mehr darauf vorbereiten, daß im Verkehrsweien demnächst spartanische, mehr aufs praktische gehende Verhältnisse herrschen werden. Einen schlechten Dienst tut der Gesamtheit, der hieron nichts wissen will. Populär mag das sein, denn niemand schränkt sich gern ein. Aber in der Beschränkung liegt der Meister. Deutschland muß nach gänzlicher Umänderung aller Verhältnisse an diese große Aufgabe zielbewußt herantreten. Vor allem muß — wie im Weltkrieg — ein Wille herrschen, der die großen, leitenden Verkehrsordnungen trifft, während die mehr lokalen Interessen nach wie vor von den Landesverwaltungen vertreten werden können. Bei der Lückhaftigkeit des Personals und der Vorzüglichkeit der Einrichtungen wird das Verkehrsweien auch diese neue Prüfung ebenso glänzend überstehen, wie es die mit der Mobilmachung verbundene grandiose Aufgabe reiflos gelöst hat. Galt es damals, das wichtigste Kriegsinstrument abzugeben, so gilt es jetzt, dem der Gebung u. dringend benötigten Wirtschaftsleben rettend beizuhelfen.“

Die Osterbotschaft des Kaisers hat uns eine neue Zeit vorkündet, in der „der Ausbau unseres wirtschaftlichen Lebens ins Werk gesetzt werden soll“. Der Ruf der Zeit geht auf Massenentfaltung: Millionenheere, Milliardenanleihen, Massenernährung u. -erhaltung. Große Massenbezüge an Lebensmitteln und sonstigen Bedürfnissen des deutschen Volks werden sich beim Übergang vom Kriegszum Friedensstand austauschen mit Massenproduktionen der deutschen Industrie und Landwirtschaft. Zu diesem Güteraustausch in großen Massen wird ein Menschenausaustausch in großen Massen hinzukommen. Das alles läßt sich hierfür nur bewältigen, wenn sich das Verkehrsweien mit langer Hand darauf einrichtet. Deutschland wird dadurch ein großes Wirtschaftsgebiet, das nur einheitlich bedient werden kann. Die wichtigsten können sich zurzeit ausdenken, um welche Dinge es sich dann handelt. Deutschlands Ausstattung mit den notwendigen Lebensbedürfnissen kann dann nur noch zentral betrieben werden, damit das Volk überall ernährt und erhalten werden kann, damit die großen Zentralagenturen und großen Städte überhaupt noch funktionieren können. Da es sich um Sein oder Nichtsein handelt, müssen wir allen anderen Rücksichten zurücktreten. Einer He-

alle, und alle für einen! Eisenbahnen und Wasserwege, dieses muß mobil gemacht werden, um mit dem einen Ziel, das Volk zu ernähren und zu erhalten, das von allen Seiten herandrängenden Verkehr nach einheitlicher Anordnungen in feste Bahnen zu lenken. Wer will wohl, wenn es darum handelt, Lebensmittel, Rohstoffe und andere wichtige Dinge zum täglichen Umrück durch eine einheitliche Verkehrsleitung über ganz Deutschland zu verteilen, und denische Erzeugnisse als Gegenwert außer Landes zu schaffen, noch lange von der Notwendigkeit reden, seine Wohnen fest an der Hand zu behalten, selbst wenn er hungert, darben und frieren muß, weil die Eisenbahn, für sich betrieben, nicht so viel leisten können, als wenn sie als Glied eines Ganzen, Anknüpfung an ein Verkehrsweien betrieben werden. Not sehr selten: Deshalb wird die Umrück für die Wichtigkeit dieser wirtschaftlichen Notwendigkeit schon jetzt kommen, hoffentlich noch zu spät, damit dafür das Köpfe noch überflüssig vorbreit werden kann.“

Sollte die Stimme auch heute, im Zeichen der „Verkehrsboten“ ungehört verhallen?

Gewerkschaftliches.

Das Wachstum der Gewerkschaften.

J. K. In einem Rückblick auf das Jahr 1917 teilt das Korrespondenzblatt der Generalkommission mit, daß vom dritten Quartal 1916 bis zum dritten Quartal 1917 die Mitgliederzahl der Gewerkschaften von 947 564 auf 1 201 770 gestiegen ist. Das entspricht einer Zunahme von 254 206 oder 26,8 Prozent. Die Zahl der weiblichen Mitglieder stieg dabei von 185 000 auf 365 000, eine Zunahme um fast 3%. Aber während die Gewerkschaften 118 895 weibliche Mitglieder neu gewannen, nahmen sie trotz der fortwährenden Entlohnung der Kriegswirtschaft von männlichen Arbeitskräften noch um 135 311 männliche Mitglieder zu. Die Kräftigung der Gewerkschaften eröffnet den Arbeitern und Angehörigen gute Aussichten, auch nach dem Kriege ihre Interessen ausreichend wahr zu können.

Auch von der sozialdemokratischen Partei sagt das „Korrespondenzblatt“, daß sie im Jahre 1917 innerlich stärker und nach außen hin nicht einflußreicher geworden ist. Sie sei seit dem Austritt der Unabhängigen in erfruchtlicher Wiedergebunden.

Spaltung in sächsischen Gewerkschaftskartellen.

J. K. Die Einigung im Leipziger Gewerkschaftskartell, die schon gesichert schien, ist wieder in die Brüche gegangen. Am 26. November 1917 wurde bekanntlich eine Vereinbarung über den Wiedereintritt der aus dem Kartell ausgeschiedenen Gewerkschaften geschlossen. Am 13. Dezember sagten diese jedoch eine Resolution, in der sie als Voraussetzung ihres Wiedereintritts den Bruch mit der Politik der Generalkommission und die Fühlungnahme mit allen Faktoren der Arbeiterbewegung, d. h. also der Reichstagsfraktion der Unabhängigen verlangten. Darin sah die Generalkommission einen Bruch der geschlossenen Uebereinkunft und eine Unerschlichkeit; die Verhandlungen über Wiederaufhebung dieser Resolution führten jedoch zu keinem Ergebnis, nur einige Vertreter der ausgeschiedenen Gewerkschaften erklärten, daß sie gemäß der Vereinbarung vom 26. November handeln würden.

Auch im Gewerkschaftskartell Mülgen ist eine Spaltung ausgebrochen. Ein Teil des Kartells beschloß den Anschluß an das Sächsisch-Gewerkschaftskartell, die Metallarbeiter, Bauarbeiter, Transportarbeiter, Zimmerer, Brunnearbeiter und Gutarbeiter schlossen sich jedoch aus zwingenden wirtschaftlichen Gründen dem Gewerkschaftskartell Dresden an. Selbstverständlich trat letzten Endes auch dieser Spaltung der Parteistreit zu Grunde.

Soziale Rundschau.

Deutschlands Petroleumversorgung. Deutschlands Petroleumversorgung von den Lieferungen des amerikanischen Petroleumtrusts unabhängig zu machen, war eines der Hauptziele des geplanten Reichspetroleummonopols. Dabei wurde nicht an eine Ausgestaltung amerikanischer Petroleum für den deutschen Verbrauch gedacht, es sollte lediglich die Sicherheit geschaffen werden, daß auch ohne amerikanische Zufuhren unter Petroleumbedarf jederzeit gedeckt werden konnte. Wie der Direktor der Deutschen Panz v. Strauß in einem Vortrag kürzlich betonte, ist jetzt die Unabhängigkeit Deutschlands von dem amerikanischen Petroleumtrust in der Versorgung mit Erdölprodukten erwiesen. Als bei Beginn des Krieges der Ruß die Lieferung nach Deutschland einstellte und überdies die Russen den größten Teil des galizischen Rohölgeländes besetzt hatten, außerdem Rumänien noch schon zu Beginn des Krieges die Ausfuhr erschwerte, war es möglich, den Rohölbedarf sicherzustellen, insbesondere hielt sich auch die Oelversorgung unserer Flotte auf der Höhe. Neue Verfahren zur Oelgewinnung gelangten zur Anwendung, Erfas spielte hier gleichfalls eine bedeutende Rolle, wobei es während des Krieges auf die Herstellungskosten allerdings nicht ankam. Sicherlich wird auch in den Fragen der Petroleumversorgung eine Neuorientierung einleiten, jedoch wird der Petroleumbezug selbst nicht den Hauptteil der zu lösenden Aufgabe bilden, es wird vielmehr darauf ankommen, den Kauf von Petroleum aus fremden Ländern mehr und mehr überflüssig zu machen. Nicht als ob an die Stelle ausländischer Erdölprodukte nun deutsche Erzeugnisse ähnlicher Art treten sollen oder können, da das heimische Erdölvorkommen unserer Bedarf doch nur zu einem kleinen Teil zu decken vermag. Die Lösung liegt auf anderem Gebiete: ausländisches Petroleum muß in erster Reihe durch deutsches Wasser ersetzt werden. Unsere Wasserkraft, die billigen Energiequellen, müssen einheitlich und unterbündig, wo es bisher noch nicht geschehen ist, in den Dienst der Erzeugung elektrischen Stromes gestellt werden. Ebenso muß die übrige Elektrizitätswirtschaft mit allen Mitteln ausgebaut, zusammengefaßt und rationell gestaltet werden. Neben den übrigen großen Werken, die dadurch erschlossen werden, erzielen wir auf diesem Wege den gewinnbringenden Beitrag auf den erhofften Teil unserer Petroleumzufuhr.

Deutsches Reich.

Anfragen und Antworten im Reichstag.

Eine von dem Abg. Frhr. v. Reckeling eingebrachte Anfrage, in welcher Weise der Schutz der Kunstwerke in den besetzten Gebieten vorgenommen wurde, wird in längerer Ausführung beantwortet, in denen darauf hingewiesen wird, daß die Führer der Armeen die größte Sorge für die Baudenkmäler an den Tag gelegt haben, Kunstschätze usw. wurden aus gefährdeten Zonen herausgeführt und in Brügge, Valenciennes, Charleville und Sedan, sowie in Maubeuge untergebracht. In der gleichen Weise wurde auch in den anderen besetzten Gebieten verfahren. Die Verwaltung der geborgenen Sammlungen wurde deutschen Kunstfachverständigen übertragen.

Auf eine Anfrage des Abg. Kuffhoff (Centr.) über die Verfüterung von Kartoffeln wird vom Reichs Ernährungsamt geantwortet: Eine Aufhebung der behördlichen Bewirtschaftung der Kartoffeln ist niemals beabsichtigt gewesen. Dagegen habe zu einer Zeit, als noch mit einer erheblichen besseren Kartoffelernte gerechnet werden konnte, angesichts der Futterknappheit Erörterungen darüber stattgefunden, ob es möglich sei, Landwirten, die sich bei einer Aufrechterhaltung der aus dem Geleit folgenden Zwangsverpflichtung sich darüber hinaus hinsichtlich der Lieferung der ihnen auferlegten Kartoffeln einer hohen Vertragsstrafe unterwerfen, die dann nach verbleibenden Kartoffeln zur Verfüterung freizugeben. Endgültige Entscheidungen sind jedoch noch nicht gefaßt und werden nicht ergehen, bevor die menschliche Versorgung sichergestellt ist.

Abg. Gedder hatte in einer Anfrage die ungeheure Unterbringung deutscher Gefangenen* auf der Insel Korfika zur Sprache gebracht. Darauf wird geantwortet, daß diese Lager von einem schweizerischen Arzt besucht worden sind, der in allen Krankheitsfällen eine beträchtliche Anzahl von Sumpftieberkranken Gefangenen angetroffen habe. Angesichts dieser Zustände hat es die deutsche Regierung für ihre Pflicht gehalten, dafür Sorge zu tragen, daß die auf der Insel Korfika festgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen nicht gefährdet sind, dort noch einen weiteren Sommer zuzubringen. Die französische Regierung ist informiert worden, diese Lager bis zum 1. April 1918 zu räumen und die deutsche Regierung ist entschlossen, auf Erfüllung dieser Forderung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu bestehen.

Abg. Stücken hat folgende zwei Anfragen eingebracht:

1. Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß bei der Heeresgruppe Madonen ein vom 8. Dezember 1917 datierter Befehl erlassen wurde, in dem geiaht wird, daß die Mannschaften zu befehlen seien, daß ihnen jeglicher Verkehr mit den Reichstags- und Landtagsabgeordneten verboten sei. Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um diese Bevormundung der Mannschaften zu beizugehen?

2. Den in der Schweiz als ausgewiesene Kriegsgefangene internierten deutschen Volksführern wird auf Veranlassung deutscher Stellen der Besuch von Hochschulen zum Zwecke der weiteren Fortbildung nicht gestattet.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, eine Aufhebung dieser Beschränkung zu verfügen?

Der Abg. Ganjen erörtert in einer Anfrage die Verhältnisse, unter welchen die dänische Presse in Nordfriesland infolge der Präventiv-Zensur, die von Offizieren gehandhabt wird, zu leiden hat. Die gegen die Presse erlassenen Verfügungen bestimmen u. a., daß der Inhalt der Presse im ganzen Reichsgebiet gestattete Abdruck von Wolff-Telegrammen und von Artikeln, die schon in Berliner Zeitungen erschienen, der dänischen Presse in Nordfriesland nicht ohne Zustimmung des Seniors gestattet wird.

Der Schleichhandel der industriellen Betriebe.

Unter dem Vorsitz des Staatssekretärs des Kriegsernährungsamts v. Balbow fand kürzlich eine Besprechung zwischen Vertretern der zuständigen Zivil- und Militärbehörden und der Industrie über die Frage der Bekämpfung des Schleichhandels der industriellen Werke statt. Die Vertreter der Industrie stimmten der Ansicht des Staatssekretärs uneingeschränkt bei, daß die bisherige Praxis eines großen Teils der Betriebe zu einem Zusammenbruch unserer Ernährungswirtschaft führen müsse. Eine Kommission, bestehend aus Vertretern der Behörden und der Industrie, soll die Grundzüge aufstellen, nach denen an Stelle der Sonderverfügung aus dem Schleichhandel eine Befreiung der industriellen Arbeiterkraft auf legalen Wege zu treten hat, damit deren Verfügungsfähigkeit nicht gefährdet wird. Allseitig war man sich darin einig, daß die Bereitstellung der zur lokalen Versorgung notwendigen Lebensmittel die sofortige Unterdrückung der Schleichhandels zur Voraussetzung hat. Eine Besprechung mit Vertretern der Arbeiterschaft über die gleiche Angelegenheit wird in der nächsten Woche im Kriegsernährungsamt stattfinden.

Senkung der Getreidepreise.

In der letzten Zeit fanden sich in der Presse hin und wieder Notizen über die für den 1. März 1918 vorgesehene Senkung der Getreidepreise um hundert Mark für die Tonne. Nach diesen Notizen herrscht in den beteiligten Kreisen die Meinung, daß diese Preisherabsetzung nur als Drohung ins Auge gefaßt worden sei, möglicherweise aber nur in gemilderter Form oder gar nicht eintreten werde. Diese Ansicht ist durchaus unzutreffend. Vielmehr ist die am 1. März 1918 eintretende Herabsetzung der Preise für Getreide, Buchweizen, Gerste und Hülsenfrüchte, also der zur Zeit geltenden Höchstpreise, um je hundert Mark für die Tonne gesetzlich bereits festgelegt worden und zwar durch § 2 der Verordnung über den Ausbruch und die Inanspruchnahme von Getreide und Hülsenfrüchten vom 24. November 1917 (Reichsgesetzblatt S. 1082). Eine Wiederaufhebung oder auch nur eine Milderung dieser gesetzlichen Bestimmung kommt nicht in Frage. Die Landwirte haben sich also unbedingt darauf einzurichten, daß der Preisabfall mit dem 1. März eintritt. Es liegt daher in ihrem eigenen Interesse, jebiel wie möglich bis zu diesem Zeitpunkt abgeliefert zu haben.

Nr. 13.
Einigung
Kriegsernährungsamt
die St
leine
in Be
entspre
Zu
man sic
genden
ner Or
für eine
legam
wie an
ren Sie
len Mä
angesi
Ningens
vermitt
Zustimm
Gottsch
Jekt
partei f
Kaiser f
sind alle
Sie f
Herten
ihre gro
„Ge
Trau b
landspar
mitteil
Wicht n
Begnern
mal den
über die
tecland
Lärm, d
aufgele
Tele
Zu
Kobler
(Goar)
Nachrich
geidnet.
Eind
gerausch
Mittelst
mitteln
m. h. S.
Stadt m
Man
perrung
Einschrän
len, St
fen auch
General
Levor. I
die kürze
Unt
Die
haben be
wurde, e
Einfluß
genügte
große Lo
einem ge
aufmerks
der wick
fibrig
schau an
Bei d
Ware zw
menbeh
ter muß
gert wer
auf unter
Nahre 19
gefähr 6
land her
Niga ver
einen We
Windan
land. Di
fen zufri
Süden fu
wissenschaft
verhande
ferte Au
alle briti
Die
zur Bed
Während
Quadrat
auf 100
bieh rec
bere Auf
Vertraut
Verhältn

Offizielle Verfügung.

W.P. Berlin, 1. Jan. (Nicht amtlich.) In der heutigen Sitzung des Hauptauschusses des Reichstages erklärte Unterstaatssekretär v. d. Busche: Ich kann namens des Herrn Reichskanzlers die Erklärung abgeben, daß in den Anweisungen, die Staatssekretär von Kühlmann in Breslau-Litovsk erhalten hat, keinerlei Aenderung eingetreten ist. Hiermit dürfte allen im Publikum und in der Presse umlaufenden Gerüchten der Boden entzogen sein.

Waterlandsparteiler gegen Vaterlandsparteiler.

Innerehalb der Vaterlandspartei und ihrer Anhänger scheint man sich neuerdings über die der Regierung gegenüber einschlagende Taktik nicht recht einig zu sein. Kürzlich schickte die Kölner Ortsgruppe der Vaterlandspartei, der Unabhängige Ausschuss für einen deutschen Frieden und der Alldeutsche Verband ein Telegramm an den Kaiser, den Kronprinzen, den Reichskanzler, sowie an Hindenburg und Ludendorff, worin es heißt, daß die höchsten Siegesgestalten von Hindenburg und Ludendorff nicht dunklen Mächten erliegen dürfen. „Eure Majestät beschließen wir angeichts der baldigen glücklichen Entscheidung dieses furchtbaren Ringens, das Siegesverfäll dieser Männer nicht in letzter Stunde vernichten zu lassen und nur einen Frieden zu schließen, der die Zustimmung Eurer Majestät militärischer Ratgeber findet. Mit Gottesbeihilfe Hindenburg für Kaiser und Reich!“

Jetzt erklärt nun der Landesverein der Deutschen Vaterlandspartei für die Rheinprovinz, daß er diesem Telegramm an den Kaiser durchaus fernstehe. Die Plumpheit und die Taktlosigkeit sind allerdings kaum zu übertreffen.

Sie sind überhaupt in letzter Zeit etwas von Reich verfolgt, die Herren Weltfresser. Auch in Frankfurt verzichtete man auf ihre großen Sprüche. Wir lesen in der „Frankf. Zig.“:

„Geprägte Verammlung der Vaterlandspartei. Pfarrer Traub sollte gestern auf Veranlassung der Deutschen Vaterlandspartei im Saal des Zoologischen Gartens den Frankfurter mitteilen, was dem Vaterland nicht tut“. Er konnte aber diese Absicht nicht zur Ausführung bringen, da die in der Mehrzahl aus Gegnern der Vaterlandspartei bestehende Verammlung nicht einmal den Vorsitzenden Pfarrer Kübel, zu Wort kommen ließ, der über die Worte: „Meine Damen und Herren! Die Deutsche Vaterlandspartei...“ nicht hinauskam. Es erhob sich ein solcher Lärm, daß die Verammlung nach einigen Minuten politisch aufgelöst werden mußte.

Telegraphiert wird deshalb doch „im Namen des Volkes“.

Zur Nichtigstellung.

Am Letzte der gestern vom W.P. ausgegebenen Notiz aus Koblenz war die im Kreise Koblenz 5 (Koblenz und St. Goar) stattgehabte Nachwahl (Siehe gestr. Blatt unter „Letzte Nachrichten“) irrtümlicherweise als „Reichstagsersatzwahl“ bezeichnet, statt richtig „Landtagsersatzwahl“. Die Red.

Kommunalpolitik.

Eingen a. S., 14. Jan. Der Gemeinderat hat an den Bürgerausschuß eine Vorlage gelangen lassen, wonach für Zwecke der Mittelstandshilfe 70 000 M. gefordert werden, die aus Anlehensmitteln bestritten werden sollen. An der deutschen Gesellschaft m. b. S. für Ersparnisse nach Prof. Dr. Sauerbruch will sich die Stadt mit 25 000 M. beteiligen.

Mannheim, 15. Jan. Der Stadtrat hat die angeordnete Abperrung des Cafés wieder aufgehoben, ebenso die angeordneten Einschränkungen zur Kohlenverparnis, die Nichtsetzung der Schulen, Kirchen, des Hoftheaters. Nur die Vergnügungstätten dürfen auch weiterhin nicht geöffnet werden. Nach dem „Mannheimer General-Anzeiger“ steht eine Erhöhung des Straßenbahnfahrpreises bevor. Der 10-Pfennig-Tarif dürfte endgültig verschwinden und die kürzeste Strecke 15 Pfg. kosten.

Unterhaltung und Belehrung

Die sibirische Butter. Die deutsch-russischen Verhandlungen haben bereits, wie verschiedentlich in der Presse festgestellt wurde, einen gewissen, wenn auch vorerst natürlich geringen Einfluß auf den Lebensmittelmittelmarkt gehabt. Verschiedene Erzeugnisse zeigen eine Neigung zur Preisermäßigung, da große Lager ja durch den Beginn russischer Einfuhr bis zu einem gewissen Grade entwertet werden würden. Die Hauptaufmerksamkeit wird aber in diesem Zusammenhang auf einen der wichtigsten russischen Ausfuhrartikel gelenkt, nämlich auf die sibirische Butter, über die Professor Dr. D. Roth in der „Allschau“ auf Grund reichen Materials Mitteilung macht.

Bei der sibirischen Butter handelt es sich hauptsächlich um Ware zweiter Güte, die zu Koch- und Backzwecken bekanntlich unbrauchbar ist. Im Gegensatz zur sogenannten feinen Butter muß sie eine längere Verfrachtung vertragen und eingelagert werden können. Das Eindringen der sibirischen Butter auf unseren europäischen Markt begann im Jahre 1895. Im Jahre 1910 belief sich der weisibirische Butterertrag auf ungefähr 690 000 Doppelzentner, 1913 hat Sibirien in Deutschland bereits 300 000 Doppelzentner untergebracht. Die von Riga verpackte Butter aus Sibirien hatte im Jahre 1903 einen Wert von 36 Millionen Rubel; sehr bald wurde auch Windau als Ausfuhrmittelpunkt wichtig, besonders für Deutschland. Die Butterzüge wurden, da im Winter der Rigaer Seifen zufriert, zu dieser Zeit meist nach Windau geführt. Im Süden kam als Ausfuhrort für sibirische Butter, allerdings in wesentlich geringerer Maße, Odessa hinzu. In diesem Butterhandel war zuerst England beteiligt. Im Jahre 1905 lieferte Rußland an das Mittelreich fast ebensoviele Butter, wie alle britischen Kolonien zusammen.

Die Grundlage dieser Ausfuhr bildete der im Verhältnis zur Bevölkerungszahl sehr große Viehstand in Sibirien. Während nach einer Berechnung des Jahres 1905 dort auf das Quadratkilometer nicht ganz 5 Personen kamen, konnte man auf 100 Menschen mindestens 70 Pferde und 80 Stück Rindvieh rechnen, insgesamt also ungefähr 28 Millionen. Besondere Aufmerksamkeit mußte bei diesem Ausfuhrhandel stets der Verfrachtung zugewendet werden. Wirklich günstig wurden die Verhältnisse erst, als besondere Kühhäuser in großer Zahl in

Fortsetzung der politischen Aussprache.

Zweite Kammer. — 9. öffentliche Sitzung.

Karlsruhe, 15. Januar.

Um 3¼ Uhr wird die Sitzung von dem Präsidenten Dr. Schuler eröffnet. Am Regierungstisch: Staatsminister v. Bodman, die Minister Dr. Reinholdt, Dr. Hübsch und Dr. Düringer.

Nach kurzen persönlichen Bemerkungen des Abg. Muser (F. V.), welcher bittet, davon Kenntnis zu nehmen, daß der Antrag der Fraktion der Fortschrittlichen Volkspartei über die Instruktionserteilung des Bundesratsvollmächtigten sich nur auf wichtige Fälle bezieht (Artikel 2, 5, 11 Abs. 2 und 3 und Artikel 78 der Reichsverfassung) und des Abg. Banfshach (F. Vg.), der sich gegen die Ausführungen des Abg. Koll in Angelegenheit der Vaterlandspartei wendet, wurde in der Tagesordnung eingetreten, und die Aussprache über politische Fragen fortgesetzt.

Abg. Kopp (Zentz.) führt aus, daß das Auftreten der Vaterlandspartei unser Volk in zwei Teile gespalten hat. Sehr merkwürdig ist es aber, daß das Generalkommando in Karlsruhe sämtlichen badischen Zeitungen verboten hat, irgend ein Wort über die Verammlungen der Vaterlandspartei zu veröffentlichen. Die Regierung, meine ich, hätte alle Verammlungen, bei den militärischen Stellen dahin vorzulegen zu werden, daß das nicht vorkommt. (Sehr richtig und Zustimmung.) Es ist ein merkwürdiger Zustand, daß anderwärts über die Verammlungen der Vaterlandspartei berichtet wird und unsere badischen Blätter dürfen nichts bringen. Tagesgen müssen wir energischer Protest erheben für das Generalkommando lag kein Anlaß vor, in dieser Weise einzuschreiten. Es wäre viel zweckmäßiger, das Generalkommando würde dafür sorgen, daß solche Verammlungen nicht stattfinden. Männer wie Rebmann, überhaupt die ganze nationalliberale Partei, sollten endgültig von der Vaterlandspartei abdrängen. Damit wäre dem Vaterland der größte Dienst geleistet. Wir müssen uns zu verständigen Juden. Annexionen verbieten sich, sonst haben wir in wenigen Jahren einen neuen Krieg. Die Lage unserer kassischen Finanzen ist gut. Neue Kosten wird uns der Frieden bringen, die wir heute gar nicht überblicken können. Die Schaffung der Reichseisenbahnen wäre das allerbeste. Ob aus dem Kurzwort so leicht eine Rente herausgewirtschaftet werden kann, ist sehr fraglich. Mit der Sparsamkeit werden wir allen Ernst machen müssen; auch mit der Vereinfachung der Staatsverwaltung. Zum übrigen sind wir der Meinung, daß trotz der Sparsamkeit für die Beamtenschaft alles getan werden muß, damit sie auskömmlich leben kann. Daß der Mittelstand unterstützt werden muß, darüber sind wir uns alle einig; die Mittel dafür werden wohl bemerkt werden müssen. Den Antrag Muser über die Instruktions der Bundesratsvollmächtigten halte ich nicht für ausführbar. Wenn man ganze Arbeit machen will, sollte man das gleiche Wahlrecht einführen und vom Ruralwahlrecht, wie es die Nationalliberalen wünschen, nicht sprechen. Daß wir die Erste Kammer dezentralisieren sollen, wie das ein Antrag der Nationalliberalen vorliest, hat mich überaus. Wir haben beantragt, daß drei Arbeitervertreter in die Erste Kammer hineinkommen. Eine Förderung der Verhandlungen wäre es, wenn der Seefischerkammer der beiden Konfessionen neben den Vertretern der Kirchenverwaltung einen Sitz in der Ersten Kammer erstellte; ebenso sollte man dem Erzbischof das Vertretungsrecht zustimmen. Mit der geplanten Erweiterung des Landständischen Ausschusses sind wir nicht einverstanden. In den Gemeinden auf dem Lande ist man von der Verhältniswahl nicht erbau; besser läßt sie sich schon in den Städten einführen. Bei dem § 137 des Schulgesetzes scheinen alte Vorurteile noch zu bestehen. Wird der § 137 geändert, wie wir es wünschen, so bleibt trotzdem für jede Privatschule die Genehmigung des Ministeriums bestehen. Die Staatskassen wird in keiner Weise angetastet. Ueber den Bruch des Großblods will ich nicht viel sagen. Daß die Sozialdemokratie durch den Großblod zur vaterländischen Mitarbeit erzogen worden ist, scheint mir nicht der Fall zu sein. Zur Schaffung eines Verkehrsministeriums

besteht kein Bedürfnis. In seinen Schlussfolgerungen forderte der Redner volle Parteilichkeit auch für das Zentrum auf allen Gebieten. (Beifall beim Zentrum.)

Staatsminister v. Bodman entgegnete auf die letzten Ausführungen des Redners und betonte, daß er nicht damit einverstanden sei, wenn da oder dort Bürger von der allgemeinen Mitarbeit ausgeschlossen würden. Der Minister wandte sich im folgenden den Vorgängen in Mannheim zu und führte lozu u. a. aus: In Mannheim sollte am Sonntag vormittag in einer Verammlung der Vaterlandspartei Pfarrer Traub über „Deutschlands Schicksalsstunde“ sprechen. Am Tag vorher war ein Vertreter der Sozialdemokratie auf dem Bezirksamt und erklärte, er höre, daß eine Störung der Verammlung beabsichtigt sei. Diese Störung würde sich vermeiden lassen, wenn man der Sozialdemokratie ermögliche, das Wort zu ergreifen. Das wurde zugesagt. In der Verammlung waren nach Schätzung des Bezirksamts ungefähr 4500 Personen anwesend, davon etwa 2000 Angehörige der Sozialdemokratie und 200 bis 300 Angehörige der unabhängigen Sozialdemokratie. Der Leiter der Verammlung hatte kaum die ersten Worte gesprochen und mitgeteilt, daß die Vaterlandspartei in Mannheim schon tausend Mitglieder zähle, als ein ungeheurer Lärm ausbrach und den Vorsitzenden am Rednersprechen verhinderte. Als dann Pfarrer Traub sich Gehör zu schaffen versuchte und die Verammlung ermahnte, die Ruhe zu bewahren, kam es zu erneuten Störungen. Der Versuch eines Matrosen und eines Arbeiters, sich Gehör zu verschaffen, waren ebenso ergebnislos. Der Polizeidirektor kündigte scham, da an einen ordnungsmäßigen Verlauf der Verammlung nicht zu denken war, ihre Auflösung an. Das Generalkommando eröffnete den Bezirksämtern, daß ing end welche Berichte über die Verammlung nicht in die Öffentlichkeit kommen dürfen. Am Montag wurde das Verbot teilweise zurückgezogen. Das Generalkommando ist rechtlich befugt, ein solches Verbot zu erlassen. Ich bin der Ansicht, daß unter den obwaltenden Verhältnissen das Generalkommando mit Recht von seinen Befugnissen Gebrauch gemacht hat. Eine Kritik der Maßnahmen des Generalkommandos steht mir nicht zu, aber ich stehe nicht an, zu sagen, daß die Vorgänge in Mannheim eine Schande für unser Land sind. Zustimmung bei den Nationalliberalen. Es ist das erste Recht und die persönliche Freiheit des Bürgers, Kritik zu üben, diese Kritik muß aber mit Maß geübt werden. So gut man den Sozialdemokraten gestattet Verammlungen zu halten und über Friedensziele zu sprechen, so gut muß man es auch der Vaterlandspartei gestatten. Keinem Staatsbürger steht das Recht zu, einen anderen an der Ausübung seiner Meinung zu verhindern. Die organisierte Sozialdemokratie hat das Ihre getan, damit Störungen vermieden werden. Ich möchte an alle, so schön der Staatsminister, an unser ganzes Volk die Aufforderung richten, doch die Gleichberechtigung der Bürger hoch zu halten und die persönliche Freiheit des einzelnen nicht einzuschränken.

Abg. Vöttger (Soz.):

Meine Partei bedauert auf das aufrichtigste die Vorgänge, die sich in Mannheim abgespielt haben. Die Vorwürfe, die der Staatsminister an uns gerichtet hat, sind an die falsche Adresse gekommen. Es ist nachgewiesen, daß Mitglieder der unabhängigen Sozialdemokratie die Ruhestörer gewesen sind. Die Maßnahmen des Generalkommandos waren verfehlt. Bei der Groß. Regierung vermissen wir die Führung in der inneren Politik. Leider muß die Regierung immer geschoben werden. Bei der Neubildung des Ministeriums hätte man mit der Volkvertretung Rücksicht nehmen sollen. Wir verlangen Abschaffung der Klassenwahl; es geht nicht an, den Frauen das Wahlrecht länger zu verweigern. Ebenso muß mit Nachdruck die Wahl der Bezirksräte gefördert werden. Soll die Erste Kammer fortbestehen, so sind wir dafür, daß auch Arbeiter dort vertreten sein sollen. Das Ausland, das durch die deutsche Presse vielfach eine falsche Anschauung von den Zuständen in Deutschland erhielt, hat am 4. August 1914 seine größte Enttäuschung erlebt. Aber künftighin müssen jedes Aus-

gezehnten das Deutsche Zentral Komitee zur Bekämpfung der Krebskrankheiten zusammen, für Krebsranke wurden Auskunfts- und Fürsorgestellen geschaffen, die Notwendigkeit besonderer Krebsinstitute wurde mehr und mehr erkannt. Prof. Blumenthal betonte am Schluß seines Vortrages, daß für Krebsinstitute reichlichere Staatsmittel gegeben werden müßten.

Förderung deutscher Theaterkultur.

Der Verband zur Förderung deutscher Theaterkultur hielt in Berlin im Lessing-Theater am Samstag seine erste öffentliche Verammlung ab. Es sprachen Reichstagsabgeordneter Heinrich Schulz, Schriftsteller Stefan Großmann, Dr. v. Erdberg und Schauspieler Gustav Kiecklit.

Heinrich Schulz bezeichnet als Ziel des Verbandes die Lösung des Theaters von geschäftlichen Einflüssen, Unterstützung und Förderung des Theaters, welches lediglich künstlerischen Zwecken zu dienen und dadurch eine hohe Kultur Aufgabe zu erfüllen hat, durch die Mittel des Reiches, der Staaten und der Gemeinden. Der Verband bekämpft das Geschäftstheater. Er will, daß das Theater zu einer Sache des ganzen Volkes werde. Darum will er auch alle auf dies Ziel gerichteten Kräfte zusammenfassen ohne Unterschied der Partei, der Religion, der Weltanschauung. — Stefan Großmann führte aus: Den Dichtern, die zum Volke sprechen, fehle heut meist das Publikum. Wenn die Bestrebungen des Verbandes verwirklicht werden, würden auch solche Dichter gehört werden, deren Werke von den Theaterdirektoren aus geschäftlichen Gründen zurückgewiesen werden. — Dr. v. Erdberg betonte, das Theater, wie es nach den Absichten des Verbandes sein soll, sei eine Stütze der Volksbildung und fördere die Kultur des Volkes. — Gustav Kiecklit vertrat die Forderung: In jeder Stadt mit einer gewissen Einwohnerzahl müsse ein Theater aus öffentlichen Mitteln unterhalten werden. Für die Ausbildung der Schauspieler müßten staatliche Bildungsinstitute errichtet werden, wie solche ja für alle anderen Künste bereits bestehen. Wenn diese Voraussetzungen erfüllt würden, dann könne dem ganzen Volke die Wunderherrlichkeit des deutschen Theaters aufgehen.

In einer weiteren Verammlung soll über die Vorträge diskutiert werden.

Dienst gestellt worden waren. Es ist zu erwarten, daß in den künftigen russisch-deutschen Handelsbeziehungen die sibirische Butter eine ihrer Wichtigkeit entsprechende Rolle spielen wird.

Krebsbekämpfung.

In diesem Winter veranstaltete der Berliner Magistrat zu sammen mit der Berliner Medizinischen Gesellschaft wieder Vorträge über Gesundheitspflege, zu denen jedem der Zutritt unentgeltlich freisteht. Am ersten Vortragabend sprach vor wie sehr zahlreicher Zuhörerschaft, die den großen Hörsaal des Langenbeck-Birchow-Hauses (Amienstr. 58/59) füllte, Prof. Blumenthal über „Die Krebskrankheit und ihre Bekämpfung“. Neben Tuberkulose und Syphilis ist Krebs die wichtigste und gefährlichste Volkskrankheit, die in Deutschland jährlich über 50 000 Personen meist des besten Lebensalters, hinterrast. Unter Krebs versteht man bösartige Geschwülste, die zunächst einzelne Körperteile (Magen, Darm, Lunge, Brust, Unterleibsorgane usw.) befallen, aber allmählich durch Geschwulstbildung auch an anderen Körperteilen zu allgemeiner Erkrankung des ganzen Körpers führen. Die nicht nur für die Gesundheit sondern gelegentlich auch für Rentenansprüche wichtigen Fragen, wie Krebs entsteht, ob Vererbung vorkommt, ob mit Aufstichung zu rechnen ist, bedürfen noch der Klärung. Bei der Entstehung können dauernde Reizungen und Entzündungen mitwirken, aus denen später sich Krebs entwickelt. Auch zunächst gutartige Geschwülste gehen manchmal in bösartige über und werden Krebs, besonders Geschwülste der Brust und selbst harmlose Warzen. In der Behandlung haben bisher die Versuche mit Serum verlagert, die mit chemischen Mitteln wenig Erfolg gehabt, die mit Bestrahlung mehr ge- leistet. Aussicht auf Heilung besteht, so lange die Erkrankung sich auf einzelne Körperteile beschränkt. Nach Operation, die bei zeitigem Eingriff noch am meisten verpricht, helfen z. B. von Hartkreb 90 Proz., von Gebärmutterkrebs 55 Proz., von Jungtenkrebs 40—50 Proz., von Brustkrebs 35 Proz., von Mastdarmkrebs 20 Proz., von Magenkrebs 17 Proz. Bei nicht mehr operationsfähigen Kranken wurde noch durch Bestrahlung manchmal Stillstand der Krankheit oder doch Vinderung erreicht; hier ist die Möglichkeit wirksamer Behandlung nach Ansicht des Vortragenden keine Utopie. Die Mehrzahl der Krebskrankungen nötigte zu den Anfängen einer Organisations des Kampfes gegen sie. So trat vor anderthalb Jahr-

nahmegesetz und jede Ausnahmehandlung unmöglich sein. Den Arbeitern muß in den paritätischen Arbeitskammern das Recht eingeräumt werden, ihre besonderen Interessen allein zu bearbeiten. Die Zeit für die Anebelung der Gewerkschaften muß für immer vorbei sein. Der Arbeiterschutz muß in weitestem Maß ausgebaut werden, besonders für die Frauen. Ein Verbot der Kinderarbeit unter 15 Jahren ist notwendig. Die Berufsgenossenschaften sollten angehalten werden, eine höhere Unfallrente einzutreten zu lassen. Eine Arbeitslosenversicherung werden wir nach dem Kriege nicht entbehren können; es ist das eine Aufgabe des Reichstages. Hand in Hand geht damit der Ausbau von Arbeitsämtern und öffentlichen Arbeitsnachweisen. Auf dem Gebiet des Wohnungs- wesens sind durchgreifende Reformen notwendig. Den Gesetzentwurf über leerstehende Wohnungen begrüßen wir. Nachdem wir an der Schwelle einer neuen Zeit stehen, sollte man den berechtigten Wünschen der Arbeiterschaft Rechnung tragen. Wir sind gerne bereit, in allem mitzuarbeiten, was dem Wohle unseres Vaterlandes dient und den Boden zu schaffen, auf dem die deutsche Arbeiterschaft ein glückliches, freies Leben führen kann. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatsminister v. Bohman bemerkt kurz, er habe seinen Vortritt nicht gegen die Sozialdemokratie gerichtet, sondern gegen die Aufseher in der Mannheimer Versammlung.

Hr. Kummel (F. S.): Die Finanzpolitik des gegenwärtigen Finanzministers ist mit der Veranlassung an dem gesunden Stamm unserer Finanzlage. Das gute Bild unserer Finanzen steht und fällt mit der Frage, ob und in welcher Zeit das Reich uns die Vorteile zurückgibt. Wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse des Reiches es bedingen, so werden wir Reichsmonopole einführen müssen. Die Erfassung der Kriegsgewinne muß in weit umfangreichem Maße als bisher geschehen. Dort wo die höchsten Kriegsgewinne fließen, wird es am schwersten sein, sie zu erfassen; ich meine, die Kriegsindustrie. Die Maßnahmen der Zensur in den Mannheimer Vorhängen ist von dem Redner richtig beurteilt und gekennzeichnet worden. Der Streit kristallisiert sich um die Frage der Vaterlandspartei und die Frage der Friedensresolution. Die Gründung der Vaterlandspartei war nicht nötig. Wer von uns möchte in der Lage sein, über die militärische Lage sich im Klaren zu sein, wer vermag über die weitere technische Durchführung des Krieges zu urteilen und wer hat ein klares Bild über die Frage der Nahrungsvorsorgung? Wir sind nicht berufen und nicht in der Lage, darüber ein Urteil zu fällen. Eine vollkommene Ueberzeugung ist es aber, wenn hinter den Wänden der Reichstagsgebäude Begriffe wie „Hungerleide“ gefunden wurde. Ich habe nicht den Eindruck, daß die Friedensresolution im Ausland ungünstig gewirkt habe. Wir wollen alle die Sicherheit der Grenzen, eine Grundlegung unserer wirtschaftlichen Machtstellung für die Zukunft und wir alle wollen die Wiederhergabe der Kolonien. Die Friedensumgebung des Kapitels und die Rede des Herrn May hat einen großen Widerhall bei vielen denkenden Männern hervorgerufen. Mit der Auffassung des Herrn Staatsministers über die Demokratisierung kann ich mich nicht einverstanden erklären. Wenn man dem Volke jetzt etwas geben will, so muß man es ihm mit Freuden geben. Dabei darf nicht das Wort „Sicherheit“ eine Rolle spielen, welches der Herr Staatsminister gebraucht hat. Den Ausbau der Ersten Kammer zu einer ständigen Kammer als ein Gegenstück zur Volkskammer kann ich nicht gutheißen. Ebenjovon die Erweiterung des Landhändlichen Ausschusses. Ein neuer Ausschuß ist nur eine Schwächung des Parlamentarismus. Der Besitz braucht bei dem Wahlrecht der Gemeinden keine Vorrechte zu besitzen. Das Unterrichtsministerium möchte ich bitten, nicht zu früh an die Verwertung der Kriegserfahrungen in der Schule zu gehen. Der Schaffung eines Ministeriums für Verstehe und öffentliche Arbeiten stimme ich zu. Ich möchte noch besonders ausführen, daß ich dem neuen Herrn Generaldirektor volles Vertrauen schenke, daß er die starke Hand und Energie besitzt, um bei der Generaldirektion einen Zustand herbeizuführen, der im Interesse der Fortentwicklung der Eisenbahnen liegt. Auch ich bin der Ansicht, daß man jetzt nicht an die Schaffung der Reichseisenbahnen gehen kann. Dagegen wäre es sehr angebracht, wenn eine Vereinheitlichung der Betriebsmittel zustande käme. Der Bau neuer Bahnen muß in Karlsruhe, nicht in Berlin entschieden werden. Der Ausbau der Bundesstaaten in ihren Beziehungen zum Reich ist dringend erwünscht. Wir haben verschiedene Klagen gehört über die mangelnde Berücksichtigung badischer Interessen auf dem Gebiete der Deereslieferung. Alle Kräfte des deutschen Volkes müssen der Arbeit nutzbar gemacht werden. (Beifall.)

Hier wurde um 148 Uhr die Sitzung abgebrochen und die nächste Sitzung auf Mittwoch vormittag 9 Uhr angesetzt mit der Tagesordnung: Petitionen.

Die Trompete von Bionville.

Sie erheben Vernunft- und Friedensgeschrei,
Diese Freiheit ist nicht zu ertragen!
Kriegskämpfer im Schmutz des E. A. II,
Wir haben sie niedergeschlagen!
Wir sind reklamiert und kerngesund,
Und fochten mit wichtigen Sieden.
Ein Glasauge und ein hölzernes Bein
Sind als Wunde am Knie geblieben.
Wir feiern mit Reden die „Wacht am Rhein“,
Die „Brüder“, die für uns gefallen —
Über Kriegskämpfer, die um Frieden streben,
Soll man rücksichtslos niederknallen!
Wir sind reklamiert und verdienen am Krieg
Und hungern nach mehr bunten Notizen!
Drum weiter, ihr andern, von Sieg zu Sieg!
Wir leben! — Tot sind die Toten!

Eingegangene Bücher und Zeitschriften.

(Alle hier verzeichneten und besprochenen Bücher und Zeitschriften können von der Buchhandlung bezogen werden.)

Die Glote, Sozialistische Wochenzeitschrift, Herausgeber: Ramus Verlag für Sozialwissenschaft (M. v. S., Berlin SW. 68). Das oben erwähnte Heft 41 enthält u. a. folgende Artikel: Ernst Beckmann: Ideale und Praxis bei den Friedensverhandlungen. Bül. Blas, M. v. S., Stürzende Traditionen. Dr. Hans Teichmayer: Parlamentarismus nach Vorlage. Carl Stoll: Der Gewerkschaftsgebäude im Kriege. Dr. Otto Koelster: Aktivismus und Sozialdemokratie. Glosien. Einzelhefte 30 Pf., vierteljährlich 1.50 Mk. bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.

Kurze Anfrage betr. R.E.G.

Die Mitglieder der Zentrumsfraktion der Zweiten Kammer Abg. Spang und Graf haben an die Regierung eine kurze Anfrage gerichtet über das von der R.E.G. ausgebrochene Verbot der Einfuhr eines größeren Posten Apfelwein an mehrere oberbadische Städte. Sie fragen, was die Regierung zu tun gedenke, um den Schädigungen badischer Interessen durch die R.E.G. und deren öffentlich wucherischen Treiben erfolgreich entgegenzutreten.

Baden.

*** Ein frischer Wind**

Weht in der Generaldirektion der badischen Staatsbahnen. Wie uns mitgeteilt wird, hat der neue Chef dieser großen Verwaltung, Staatsrat Schulz, in einem Rundschreiben dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß die Vorkriegszeit (von 8 bis halb 1 und von halb 4 bis 6 Uhr) seitens aller Beamten der Generaldirektion pünktlich eingehalten wird. Es war wirklich an der Zeit, daß von maßgebender Stelle aus, nach dieser Richtung etwas geschieht ist. Öffentlich äußerten sich auch die Abteilungsleiter an diesen Wunsch gebunden.

Wenn die Herren Vorkriegszeit erst um 10 Uhr und noch später aufs Büro kommen, dann wird dadurch nicht bloß die Erledigung der Arbeit der untergebenen Organe verzögert, das schlechte Beispiel wirkt auch ansetzend. Diese Herren sind es auch in der Hauptsache, die sich gegen die Einführung der durchgehenden Arbeitszeit erklären. Gätten wir diese, dann hätte der Widerstand gegen den neuen Generaldirektor jetzt vorgeht, längst aufgehört.

*** Stimmungsmache.**

Wie wir in der „Bad. Landesztg.“ lesen, hat Herr Rebnann als Vorsitzender der nationalliberalen Partei Badens den Herrn Dr. Stresemann in Berlin antelephoniert, die nationalliberale Reichstagsfraktion „möge nur solchen Friedensbedingungen zustimmen, welche die Wiltigung von Hindenburg und Ludendorff gefunden haben“. Rundgebungen gleichen Stils haben die Mannheimer und Freiburger Nationalliberalen nach Berlin gedröhrt. Wenn man die den Nationalliberalen einmal im Fleiß sitzende Wiltigung abzieht, wird von der Rundgebung nicht besonders viel mehr übrig bleiben. Auch diesem Wenigen gegenüber möchten wir bemerken: die Friedensverhandlungen mit der einen oder anderen Seite sind eine politische Angelegenheit, welche das Volk in seiner Gesamtheit betrifft und worüber noch unserer Auffassung letzten Endes die Volksvertretung d. h. der Reichstag zu bestimmen hat. Die Leistungen Hindenburgs und Ludendorffs für das Vaterland in allen Ehren, aber die Aufgabe des Militärs muß wohl nach der Einleitung von Friedensverhandlungen als erfüllt angesehen werden. Der Abschluß von Friedensverhandlungen ist die Aufgabe anderer Faktoren. Mit Recht wird die Fernhaltung der obersten Heeresleitung aus dem Parteiprogramm verlangt, ebenso wie man von ihr verlangen kann, die Forderungen von der hohen Politik zu lassen. Auch bei jedem Friedensschluß waren die Militärs anderer Meinung wie die Politiker. Es ist nicht neues, wenn dies auch bei den jetzigen oder den kommenden Friedensverhandlungen der Fall sein sollte.

* Freiburg, 15. Jan. Der in Freiburg i. B. verstorbene Privatier Wetterbach hat eine Stiftung (108 000 Mk.) zur Förderung naturgeschichtlicher Studien an der Freiburger Universität errichtet. Es sollen Unterstufungen an wenig bemittelte junge Leute gewährt werden die sich dem Studium oder dem Betrieb der biologischen oder geologischen Zweige der Naturwissenschaften oder der Medizin widmen. Ein regelrechtes Universitätsstudium ist nicht Voraussetzung. Das nächste Stipendienauschreiben wird im April 1918 erfolgen.

* Freiburg, 15. Jan. Das Fabrikantwesen des Hofatilliermeisters Karl Wagner ist am Sonntag durch Feuer zerstört worden. Der Gesamtschaden beträgt gegen 90 000 Mk. Mitverbrannt ist eine Anzahl Gefäße.

* Hohenbach bei Billingen, 15. Jan. Das Haus des Stadtrechners Hebenbach ist niedergebrannt. Die Bewohner konnten nahezu nichts retten.

* Gspalgen bei Stodach, 15. Jan. Das gesamte Anwesen des Landwirts Konrad Jerg wurde durch Feuer in Schutt und Asche gelegt. Alle Rohnisse und ein Teil des Viehbestands wurden vom Feuer vernichtet.

* Heidelberg, 15. Jan. In der letzten Zeit waren Gerüchte verbreitet, die Arbeiten am Neubau des hiesigen Hauptbahnhofes und am Karlsruher nördlichen nach Kriegsende nicht wieder aufgenommen werden. Von Regierungseite ist jetzt die Mitteilung erfolgt, daß solange der Krieg dauere ein Weiterbau des Heidelberger Hauptbahnhofes nicht möglich sei. Seine Fertigstellung werde jedoch nach Kriegsende ohne jede vermeidbare Verzögerung weiter betrieben werden. Der neue Hauptbahnhof biete da er kein Hauptbahnhof sei wie der jetzige solche Vorteile für den Betrieb daß die Eisenbahnverwaltung selbst das größte Interesse daran habe den Ausbau zu fördern. Für die Streckenbedeckung am Karlsruher seien die Pläne fertig. Die Bauzeit für den neuen Tunnel betrage etwa drei Jahre. Auch mit diesen Arbeiten werde begonnen sobald es die Zeit erlaube.

* Heidelberg, 14. Jan. Die hier in Anwesenheit des Staatsministers v. Bohman abgehaltene außerordentliche Parteiberversammlung des Bad. Landesverbandes für bildungsfähige Krüppel wählte zum 1. Vorsitzenden Geh. Rat Dr. Clemm-Mannheim. In der Sitzung wurde mitgeteilt, daß dem Krüppelheim in letzter Zeit beachtliche Einnahmen in Höhe von 90 000 Mk. zuteil worden sind und zwar von Ungenannt 25 000 Mk., von dem Voller des Heims Prof. Vulpinus 10 000 Mk., von der Firma Lang 10 000 Mk., von der Firma Benz, der Diskontogesellschaft und der Kreditbank in Mannheim je 5 000 Mk., von Kom. Rat Jannet und Kom. Rat Landfried je 1 000 Mk. Prof. Vulpinus hielt einen Vortrag über den Ausbau des Krüppelheims, besonders über die Errichtung eines Lernaals für Heilgymnastik und Räume für Lichtbehandlung, Massage und Werkstätten.

* Eisenbahnerwünsche. Der Verband des Deutschen Verkehrspersonals hielt in Mannheim eine Versammlung ab, der die Landtagsabgeordnete Dr. Blum, Rahn und Vötlinger beiwohnten. Das Referat hielt Verbandsvorsitzender Schwab in Karlsruhe. In einer Entschließung wurden folgende Forderungen an den Landtag erhoben: 1. Einmalige Zulage von 200 Mk. und 20 Mk. für jedes Kind, nach preussischen

Muster, 2. Verdoppelung des Kriegslohnzuschlages, 3. Für jeden Nachtbleibt und für jede Sonntagsstunde eine besondere Zulage, 4. Vergütung für jeden entgangenen Urlaub, Ruhe und freien Sonntag.

Ziegenmilch, Ziegenmilch und Kraftfutter.

Man schreibt uns: Der große Lehmeister Krieg hat die Ziegenmilch bei weitem dem größten Teil der deutschen Bevölkerung mit einem Schlage erst zu ihrer vollen Geltung gebracht. Wozu wir in normalen Zeiten vielleicht noch Jahrzehnte und länger gebraucht hätten, lange jetzt die kurze Spanne Zeit von ungefähr 2 Jahren. Im Interesse unserer heranwachsenden Jugend ist dies mit ganzem Herzen zu begrüßen. Die Ziegenmilch als Nahrungsmittel hat sich ebenjovon bei der Verdüsterung eingeführt. Leute, die vor dem Krieg erklärten, Ziegenmilch überhaupt nicht genießen zu können, sind jetzt sehr froh und dankbar, wenn sie nur welche erhalten können. Als Kindererziehung für Wöchnerinnen, Tuberkulosekranken usw. ziehen die meisten die Ziegenmilch der Kuhmilch vor, was doch sicher der beste Beweis für Ziegenmilch als Nahrungsmittel ist. Man weiß aber doch sicher jeder ältere Ziegenzüchter, daß man sagt, die Ziege mißt durch den Salz, d. h. wenn du deine Ziege gut tränst und füttest, bekommt du auch viel Milch. Bedenkt man nun, daß die größte Zahl Ziegenzüchter dem Arbeiter- und kleinen Beamtenstand angehören, insofern gar keinen oder nur sehr wenige davon landwirtschaftlichen Besitz haben, so sind diese alle auf den Kauf von Kraftfutter angewiesen, wenn ihre Zucht sich rentieren soll. Kraftfutter kann aber jetzt nur noch durch die Kommunalerbände bezogen werden, aber von da heißt es in letzter Zeit bei einer Anfrage, es ist keines da. Soll man der so sehr erfreuliche Auffassung unserer deutschen Ziegenzüchter nicht ganz erheblich geschädigt werden, so ist es unbedingt nötig, daß hier Hilfe kommt. Man muß doch auch bedenken, daß der Landwirt in seinem Betriebe sich immer noch besser helfen kann, er hat ja verschiedene Abfälle, z. B. kleines Getreide usw. als Futter. Kommt aber Futter in einer Gemeinde zur Austeilung, so gehen die Ziegenzüchter gewöhnlich leer aus. Wie groß wäre aber in mancher Gemeinde die Milchknappheit erst, wenn keine Ziegenbesitzer da wären, die doch bereits für das ganze Jahr Selbstverleger in Milch sind und in den meisten Fällen sind es Familien mit hoher Kopfzahl. Auch daß man den Haker für die Zuchtböden in diesem Jahr nicht liefert, hat großen Schaden angerichtet. Denn nicht nur, daß viele ältere Züchter die Klage führen in dem durch das fehlende Futter ihre Ziegen schon sehr früh mit der Milchproduktion aussetzen, konnten sie auch dieselben nicht gedeckt bekommen zur rechten Zeit, also die Ziegen mit der Milchleistung eine lange Zeit aussetzen, oder gar nicht gedeckt wurden.

Hierdurch erwächst doch sicher der Volksernährung ein ganz erheblicher Schaden, der später nicht mehr gut gemacht werden kann. Je mehr Milch durch die Ziegenzucht erzeugt wird, desto mehr Nahrung kann vom Lande in die Großstadt angeführt werden. Dies sollte an leitender Stelle mehr Beachtung finden. Auch besteht eine gezielte Bestimmung, daß alle weiblichen Jungtiere aufgezogen werden müssen, was nach den oben angegebenen Verhältnissen für den kleinen Mann unmöglich ist, wenn er nicht in der glücklichen Lage ist, Geld auf der Sparflasse zu haben, denn von seinem Verdienst in letzter Zeit kann er dies nicht leisten.

Berichtszeitung.

§§ Karlsruhe, 12. Jan. Sitzung der Ersten Strafkammer. Der Tagelöhner Joseph Baumgärtner aus Dos ist ein schwerer vorbestrafter Mörder. Er hatte sich vor dem Gerichte widerum wegen verschiedener Diebstähle und Verleumdungen zu verantworten. So hat er am 5. November einem Handelschifflet in dem Gebäude der Handelskammer einen Leberzieher im Werte von 150 Mk. Bei dem Schneidemeister, bei dem er Wohnung genommen hatte, brach er einen Kleiderschrank auf und stahl in der Nacht vom 13. November Kleidungs- und Wäscheartikel im Werte von 300 Mk. Am 24. November stahl er einer Ehefrau, bei der er damals Wohnung genommen hatte, zwei Wolldecken. Bei jener Ehefrau hatte er sich außerdem unter betrügerischen Angaben eingequartiert; er jagte, er heiße Hermann Raub, arbeite als Hilfsarbeiter in den Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken und habe bisher bei seinem Eltern in Pforta gewohnt. Natürlich verschwand er später, ohne zu bezahlen. Am 30. Oktober unterschlug er den Betrag von 56.25 Mk., den er für die Firma Steffeln eingezogen hatte. Unter Einrechnung einer früheren Strafe verurteilt ihn das Gericht wegen Diebstahls im Rückfalle, Betrugs im Rückfalle und Unterschlagung zu einer Gesamtsstrafe von 4 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust.

Der Schlosser Julius Köhner aus Karlsruhe war hier im Warenhaufe von Rich als Schlosser angestellt. In der Zeit vom April bis Oktober 1917 öffnete er wiederholt mit Nachschlüssel Verkaufsräume und stahl dann Seidenstoffe, Wäsche, Pelze, Deden, Kleidungsstücke, Wäschegegenstände u. a. im Gesamtwerte von mindestens 22 000 Mk. Die Gegenstände nahm zum großen Teil die Ehefrau Köhners Sophie geb. Bäuerle aus Kahren an sich. Wegen schweben Diebstahl wurde Köhner zu 2 Jahren 4 Monaten Gefängnis, abzüglich eines Monats Unterjuchungshaft, und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt. Die Ehefrau Köhner erhielt wegen Diebstahls 1 Jahr Gefängnis, abzüglich eines Monats Unterjuchungshaft.

Kriegswucher, Kriegschwindel.

Selbsthilfe der Arbeiter gegen den Wucher. Auf einem Dorf- munder Markt sollten wieder einmal die Arbeiter mit Speck beglückt werden. Das war an sich ganz löblich. Aber dieser Speck war auf dem Wege des Schleichhandels erworben und die Arbeiter sollten für das Pfund Speck 13.75 Mk. bezahlen. Dieser wucherischen Ausbeutung durch den Schleichhandel waren aber eine Anzahl Arbeiter überdrüssig geworden. Sie nahmen zwar, wie alle anderen, auch ihre Quantum Speck, sogar bis 5 Pfund, erklärten aber, als es ans bezahlen ging: „Der Höchstpreis beträgt 2.80 Mk., die Ueberzahlung ist strafbar. Wir wollen uns aber nicht strafbar machen!“ Und legten in der Tat für jedes Pfund nur 2.80 Mk. auf den Tisch des Hauses nieder. Den Mehrbetrag kann die Verköstigung vom Lohne nicht in Abzug bringen, denn dann würde sie sich strafbar machen. Gegen das Verhalten der Arbeiter kann bestimmt nichts eingewendet werden. Sie haben sich dies eine Maß gegen den Wucher erfolgreich geschuldet. So lobenswert die Selbsthilfe der Arbeiter auch ist, sehr weit werden sie damit nicht kommen, denn der Schleichhandel wird andere zahlungsfähige Käufer finden und finden, die den Wucherpreis zahlen. Nur durch gründliche vollständige Erfassung aller Warenvorräte und durch Entdeckung des Schleichhandels könnte der Wucherer und damit auch den Arbeitern geholfen werden. Ob wir das freilich noch erleben werden?

Gummi aller Art nimmt die städtische Annahmestelle Karls-
straße 30 (geöffnet von 8 bis 1/2 11 Uhr und von 1/2 3 bis 6 Uhr)
immer noch an. In mancher Haushaltung dürften sich überflüs-
sige oder unbrauchbare Gummigegegenstände oder Altgummi vor-
finden, z. B. Kinderbälle, Ringe Wasser- oder Gasschläuche, alte
Reifen von Fahrrädern oder Kinderwagen, Gummischuhe, Gummi-
socken, Kleidungsstücke oder Abfälle von ihnen usw. Auch in den
Händen der Kinder ist sicherlich noch manches Stück Gummi, das
für unsere Volkswirtschaft verwertet werden könnte. Da das
Deutsche Reich seinen Gummibedarf im wesentlichen aus den im
Lande befindlichen Mengen decken muß, ist es dringendes Erforder-
nis, daß alle Bestände nutzbar gemacht werden. Wer Gegen-
stände aus Gummi oder Gummifragmente entwerfen kann, bringe sie
zur Annahmestelle; auch die kleinsten Mengen werden angenommen
(nur Hartgummi nicht) und auf Wunsch bezahlt.

Zu einem Kochkuffennachmittag, der am Donnerstag, den
17. Januar, 5 Uhr, gleichzeitig in den Schulküchen der Karl-Wil-
helmsschule beim Durlacher Tor und der Pestalozzischule bei der
Stephanskirche stattfindet, laden der Badische Frauenverein, der
Karlsruher Hausfrauenbund und der katholische Frauenbund die
Hausfrauen ein. Lehrerinnen vom Seminar für Haushaltungs-
lehrerinnen werden die Kochkuffe, die jetzt in keinem Hause fehlen
sollte, in kurzem Vortrag besprechen und praktisch vorführen. Es
werden Kochkuffen hergerichtet und einige Gerichte gekocht und als
Kochproben verteilt. Bei Verwendung der Kochkuffe wird viel Holz-
material und Arbeit gespart. Es gibt dabei kein Anrühren, kein
Anbraten, kein Ueberlaufen, keinen Verlust durch Verdampfen.
Die Lebensmittel werden am gründlichsten ausgenutzt, weil sie
vollständig aufgeweicht und dadurch bekömmlicher sind. Einfache
Kochkuffen, die zu vorhandenen Töpfen passend gekocht werden
können, besorgt der Karlsruher Hausfrauenbund. Eintritt frei.
Anmeldung beim Rathauspfortner.

Unerlaubter Verkehr mit Kriegsgefangenen. Eine 20jährige
Fabrikarbeiterin aus Bretten und eine 23jährige Fabrikarbeiterin
aus Dagsfeld wurden durch Urteil des hiesigen Schöffengerichts
vom 29. Dezember 1917 wegen unerlaubten Verkehrs mit Kriegs-
gefangenen, die sie auf ihren Arbeitsstellen kennen gelernt hat-
ten, zu Gefängnisstrafen von 11 bzw. 5 Monaten verurteilt.

Selbstmord. Gestern nachmittag warf sich eine geisteskrante
Frau, die von einer Wärterin in eine Anstalt verbracht werden
sollte, im hiesigen Hauptbahnhof vor einen einfahrenden Schnell-
zug. Sie wurde überfahren und sofort getötet.

Selbstmordversuch. Gestern vormittag brackte sich ein
23jähriger Bäckerlehrling in seiner in der Weidenstraße gelegenen
elterlichen Wohnung mit einem Gewehr einen Schuß in den Unter-
leib bei und verletzte sich schwer. Er wurde mittelst Sanitäts-
autos nach dem Krankenhaus verbracht.

Unfälle. Auf dem Gehweg der Karl-Friedrichstraße glitt
gestern vormittag infolge Glätte eine 23jährige Witwe aus,
fiel zu Boden und zog sich eine Kopfverletzung zu. — In einer
Fabrik in Grimwintel brackte ein Schmiedemeister die linke Hand
in die Wasserpumpe und brach den Unterarm. Er fand Aufnahme
im Städt. Krankenhaus.

Die Leibgrenadiere bei Cambrai. Es sei hiermit noch
einmal auf den heute abend 8 Uhr im großen Rathhauseaal statt-
findenden Vortrag des Herrn Staatsanwalts Dr. Kuenger,
3. Bataillonführer im 1. Bad. Leibgrenadier-Regiment 100,
hingewiesen. Herr Dr. Kuenger wird in seinem Vortrag das
Thema behandeln „Die Leibgrenadiere in der Schlacht bei Cam-
brai“. Da der Vortragende selbst diese für die deutschen Waffen
zu rühmlich verlaufenen Kämpfe in den Reihen des Leibgrenadier-
Regiments mitgemacht hat, dürfte diese Veranstaltung von ganz
besonderem Interesse sein. Die Eintrittsgelder fließen, wie schon
gemeldet, dem Ortsausgang des Badischen Heimatbundes zu.

Reisentheater. Badstraße, zeigt Mittwoch, Donnerstag
und Freitag „Eine Rose der Wildnis“ mit Wita Nielsen und Arthur
Schroder in den Hauptrollen, ferner „Naps gewinnt das große

Los“ mit Richard Genies vom Theater am Rollendorfsplatz in der
Hauptrolle dieses zweiaktigen Lustspiels. Sehr interessant ist die
Aufnahme über „Melchunde in der Kriegsschule“, Ausgabe des
Bild- und Film-Amtes Berlin. — Am kommenden Samstag er-
scheint nach langer Zeit wieder ein Bild der Maria Corni-Serie
1918. Die Künstlerin in dem Drama „Stiefmutter des Glücks“.

Die Lage im neuen Rußland.

Stockholm, 15. Jan. Die Odesaer Zeitungen teilen
mit, daß in Sebastopol seit mehreren Tagen grau-
samer Offiziersmorde stattfinden. Die Besatzung
des Torpedobootes „Sadji“ nahm ohne Grund zuerst die
Offiziere fest und führte sie nach dem Gefängnis. Der
Direktor verweigerte ihre Aufnahme, weil kein Haftbefehl
vorlag. Die Matrosen führten darauf die Offiziere nach
Malachow, wo sie erschossen wurden. Gleichzeitig griff
eine Matrosenabteilung das Militärgefängnis an, wo
seit der Revolution Offiziere verwahrt werden, die da-
mals von Matrosen verhaftet wurden. Matrosen drangen
jetzt in das Gefängnis ein und töteten sämtliche Offiziere.
Die Scharen durchzogen darauf die Stadt und massen-
haft zufällig vorübergehende Offiziere. Die Gesamt-
zahl der Getöteten betrug 70, darunter die Admirale Nowo-
wi, Kaslow und Alexandrow. In Sebastopol herrscht
vollständige Anarchie.

WV. Kopenhagen, 14. Jan. (Nichtamtlich.) Die
„National Tidende“ aus Stockholm meldet: In Tornea
kam es gestern zu einem Zusammenstoß zwischen russischen
Soldaten und finnischen Zollbeamten, die die sofortige Ab-
schaffung des Zwangs zur Ueberziehung der finnischen
Grenze anordneten. Die Soldaten verjagten die Finnen von
der Zollwache und drohen, eine Maschinengewehrkompanie auf-
zustellen, falls ein neuer Versuch gemacht werden sollte, den
Zwang aufzuheben. Die Finnen ihrerseits erwiderten tele-
phonisch in Ulenberg um Verärklarungen. Im Bezirk Nyländ
kam es zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen der Roten
Garde und der Bürgergarde. Die russischen Truppen an der
schwedischen finnischen Grenze führen ein wahres Schreckens-
regiment. Niemand wagt sich mehr aus dem Hause aus
Furcht, von den Soldaten überfallen und ausgeplündert zu
werden.

WV. Stockholm, 14. Jan. (Nichtamtlich.) Die
„Weltberia“ schreibt, teilt der persische Konsul in Tiflis mit,
daß die Entfernung der russischen Truppen aus Persien schneller
vor sich gehe, als man zu hoffen wagte. Nach amtlichen An-
gaben der persischen Regierung haben die russischen Truppen
in Urmia alles geplündert und vernichtet. Folge dieser Bo-
gramme ist, daß die Perser sich auf russisches Gebiet hinüber-
setzten. Ungefähr 12 000 Perser haben sich in der Mu-
gansischen Steppe angehebelt, wo sie die Reis- und Baumwoll-
pflanzungen zerstören.

Stockholm, 15. Jan. (Nichtamtlich.) Mit dem englischen
Botschafter sind auch 60 Industrielle und Fabrikleiter von
Rußland abgereist. Man sieht hier darin ein Zeichen dafür,
daß die Engländer ihre industrielle Tätigkeit in Rußland ab-
bauen.

Stockholm, 16. Jan. Nach einer Meldung der „An-
Svar“ wurden der rumänische Gesandte Diamandi und
das Personal der Gesandtschaft vorgestern abend auf Befehl
der Volksbeauftragten verhaftet und in der Peter-Pauls-
Feftung interniert. Die Ursache ist unbekannt. Die Verhaf-

tung hat große Erregung hervorgerufen. Da aus Anlaß des
Jahreswechsels kein Blatt erschien, ist sie nicht allgemein be-
kannt geworden. Das diplomatische Korps, auch die Neu-
tralen, sei von dem Doyen, dem amerikanischen Votschafter
Francis, dringend zusammenberufen worden, um Einspruch
zu erheben.

Annulierung der russischen Anleihen.

Petersburg, 15. Jan. (Nichtamtlich.) Der Oberste Rat
für das nationale Eigentum hat einen Entwurf eines Gesetzes zur
Annulierung aller nationalen Anleihen, die von der kaiserlichen
und bürgerlichen Regierung ausgegeben wurden, ausgearbeitet.
Nach diesem Entwurf werden Anleihen, die im Besitz von Auslän-
dern sind, bedingungslos annulliert. Nur die kurzfristigen An-
leihen des Schatzamtes und die vom Schatzamte ausgegebenen An-
leihen bleiben gültig.

**Letzte Nachrichten.
Vom U-Boot-Krieg.**

Berlin, 16. Jan. (Amtlich.) Neue U-Bootfolge im
Mittelmeer: 1 englischer Zerstörer und 24 000 Bruttorei-
gister tonnen Handelschiffsräum.

Am 30. Dezember hat eines unserer Unterseeboote, Kom-
mandant Oberleutnant zur See Obermüller, vor Alexandria
einen großen, bewaffneten, durch Fischdampfer und Torpedo-
bootzerstörer stark gesicherten, vollbesetzten Truppentransport-
dampfer versenkt und darauf in höchstem Angriff den Zerstörer
der Sicherung „S. 08“ durch Torpedotreffer vernichtet. Der
Transporter hatte nach Beobachtungen des U-Boots anscheinend
ausschließlich weiße Engländer an Bord.

Unter den übrigen von unseren U-Booten versenkten
Schiffen, von denen die meisten für Italien bezw. die Eng-
länder im Orient Ladung hatten, befanden sich ein bewaffneter,
von Zerstörern gesicherter Transportdampfer von etwa 5000
Tonnen, sowie mittelgroße Dampfer, die aus Geleitzügen
herausgeschossen wurden.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.
Gründung des schwedischen Reichstags.

Stockholm, 16. Jan. Der Reichstag ist gestern zu-
sammentreten. Staatsminister Eden teilte mit, der König
habe den Grafen Hamilton zum Präsidenten und Odelberg
zum Vizepräsidenten der Ersten Kammer wiederernannt und
den früheren Vizepräsidenten Berfson (lib.) zum Präsidenten
und Hermann Lindquist (Soz.) zum Vizepräsidenten der Zwei-
ten Kammer ernannt. Die Kammern beschloßen, Glückwunsch-
adressen zu senden. Heute wird der Reichstag mit einer Thronrede
eröffnet.

Eisenbahnunglück.
WV. Wien, 15. Jan. (Nicht amtlich.) Amtlich wird ge-
meldet: Heute früh stieß in Station Trzciano bei Pilsen
der nach Wien durchfahrende Schnellzug Nr. 10 mit dem in der
Station stehenden Schnellzug Nr. 9 (Krajan-Lemberg) zusammen.
Sechs Soldaten, zehn Zivilreisende und ein Bahnbediensteter
wurden getötet und 50 Personen verletzt. Die Verletzten wurden
mit einem Hilfszug vormittags nach Pilsen gebracht.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Hermann Kadel;
für den Inseratenteil Gustav Krüger, beide in Karlsruhe, Außen-
straße 24.

Vereinsanzeiger.
Karlsruhe-Mühlburg. (Arbeiter-Gesangverein „Eintracht“.) Die
noch anwesenden Mitglieder werden höflich gebeten, am Sonn-
tag, 20. Januar, nachmittags 1/2 5 Uhr, sich im Vereinslokal zum
„Rheinland“ (kleines Nebenzimmer) vollständig und pünktlich
einfinden zu wollen. 2279

Unabh. Sozialdem. Partei Karlsruhe.
Samstag, den 19. Januar, abends 8 Uhr, findet im
Lokal Rhein Kanal, (Mühlburg) Rheinstraße, eine
Öffentl. Versammlung
statt. Gen. Adolf Geck spricht über
**„Das Ende des Großblocks und
die Landtagsverhandlungen.“**
Ihm zahlreiche Erscheinen eruchtet 2278
Der Vorstand.

Museumsaal
Donnerstag, den 24. Jan., abends 7 1/2 Uhr
Alte und neue deutsche Dichtungen
Reinhold 2277
Lütjohann
Schiller, Goethe, Brentano, Mörike, Kopisch, Uhland,
Storm, Heine, Fontane, Liliencron, Münchhausen,
Miegel, Sternberg, Geiger, Handel-Mazetti.
Karten zu Mk. 3, —, 2, —, 1, — in der
Musikalien- Kaiserstrasse.
handlung Fritz Müller Ecke Waldstr.

Druckarbeiten alle Art liefert schnell und billig
Buchdruckerei Volksfreund 2128

**Anmeldungen von Lehrstellen
in allen Berufen**
(Handwerk, Handelsgewerbe usw.) für
Knaben und Mädchen
nimmt jetzt schon für Ostern 1918 entgegen
Städt. Arbeitsamt 2194
Hilfsdienstmeldestelle Karlsruhe
Jähringerstraße 100.

Gesucht werden:
**Köchinnen für Privat
Mädchen für alles
Mädchen zum Anlernen sowie
Stundenfrauen für häusliche Arbeiten**
für sofort oder später. 2187
Städt. Arbeitsamt
Hilfsdienstmeldestelle Karlsruhe
Jähringerstr. 100., 3. Stock

Wir suchen für unsere Nahrungsmittelfabrik
fleißige, saubere, junge
Mädchen.
Arbeitsbuch und Quittungskarte mitbringen.
Gesellschaft Sinner
Grünwintel. 2128

Tüchtige
Küfer und Kübler
finden dauernde Beschäftigung bei sofortigem
Eintritt. 2282
**Bad. Lebensmittelabrik Louis Stern & Cie.
Bannwaldallee 1.**

Angebotsverfahren.
Frau Wilhelm Vippes, Tag-
elöhners Ehefrau Karoline geb.
Schemp hier, Durlacherstraße 31,
hat den Antrag gestellt, den
Pfandchein Nr. 95 vom 8. Januar
1918 über 1 Paar Stiefel, ge-
schätzt zu 20 Mark und beliehen
mit 10 Mark, für kraftlos zu er-
klären.
Auf Grund des § 45 unserer
Satzungen fordern wir hiermit
den Inhaber des genannten
Pfandcheins auf, solchen inner-
halb eines Monats, von der
erfolgten Einrückung an gerech-
net, bei uns vorzulegen, widrig-
ensfalls die Kraftloserklärung
erfolgen wird. 2271
Karlsruhe, 9. Januar 1918.
Städt. Spar- u. Pfandleih-
kasse-Verwaltung.

**Schmiedelehrling-
Gesuch.**
Ein kräftiger Bursche, welcher
Luft hat, das Schmiedehandwerk
zu erlernen, kann sofort oder
später, mit oder ohne Kost, bei
sofortiger Vergütung eintreten.
Zoh. Bros, Schmiedemeister
Karlsruhe, Marienstraße 18.
Ruhenerstr. 3, 4. St., ist
ein heizbares, möbl. Zimmer
an soliden Arbeiter sofort oder
später zu vermieten. 2211

**100 Postkarten, gang-
barstes**
Prachtsortiment, enth. Gold-
Glanz-, Broms-, Kunst-, patr.,
Blum-, Kopf-, Kinder-, Geburts-
tags-, Liebes-, Landsch., Witzk-
usw. 5 50 M. (10 — 30 Pf Verkauf);
staunend schneller Absatz. Tau-
sende Anerkennung, 100 Karten
1 50, 2 50, 4 50, 5 50 M. P. Wagenknecht
Verlag, Leipzig. 2280

Ihm zu räumen: eij. Bettstelle
15 M., Sopha 65 — 75 M., Tisch
23, 32, 42, 50 M., Küchenchränke
38, 58 M., Nachttische 10, 15,
25 M., Kommode 45, 55, 75 M.,
kompl. Betten sehr billig. 2281
Krämer, Verkaufsstelle, Kaiser-
straße 69, Ecke Waldhornstraße.

Invaliden,
die noch körperlich Arbeit leisten
und auch schriftlich tätig sein
können, sofort gesucht. Angebote
mit Zeugnissen und Ansprüchen
erbittet brieflich 2287
Göb, Hebelstr. 11/15.
Gartenstadt Karlsruhe
e. G. m. b. H.
Auf 1. April hübsche Wohnung
mit 3 Zimmern, Dachboden, Garten,
in Einfamilienhaus zu
vermieten. 2286
Rühres in der Geschäftsstelle,
Ostendorfsplatz 4.

Soolbäder

zur Anregung der Hauttätigkeit von ärztlicher Seite gerne und häufig empfohlen gegen sämtliche Formen der Scrofelosis, wie sie sich durch Hautausschläge, Geschwüre, Knochenauftreibungen, Drüsenanschwellungen und Augentzündungen darbieten; ebenfalls gegen Rachitis und Bleichsucht der Kinder. Im **Friedrichsbad**



Luxeum = Lichtspiele

Kaiserstraße 168. Telefon 3985.
Täglich Anfang 3 Uhr. Kassenöffnung 1/3 Uhr.

Ab heute!

Das Geschlecht der Schelme

Schauspiel in 5 Akten nach dem bekannten Roman von **Fedor v. Zobeltitz.**

In den Hauptrollen: **Friedrich Zelnik** und **Lya Mara.**

Wie man Männer fesselt

Lustspiel in 2 Akten. 2274
Hauptdarstellerin: **Rita Clermont.**

P. T. Palast-Theater P. T.

Karlsruhe Tel. 2502 Herrenstr. 11
Kasseöffnung 1/3 Uhr. Anfang 3 Uhr.

Nur 3 Tage

Waldemar Psilander und Elba Thomsen

Das zweite Ich

Schauspiel in 3 Akten. Spielleitung: **Holger-Madsen.**

Gunnar Sommerfeld und Lily Jakobsson

Der goldene Tod

Drama in 3 Akten. Spielleitung: **Alexander Christian.**

Großer Rathausaal.

Zu Gunsten des Bad. Heimatdank - Ortsausschuss Karlsruhe,
Mittwoch, den 16. Januar 1918, abends 8 Uhr,

Vortrag

des Hauptmanns der Reserve und Bataillons-Kommandeurs im 1. Bad. Leib-Grenadier-Regiment Nr. 109, Herrn Staatsanwalts **Kuenzer:**
„Die Leib-Grenadiere bei Cambrai.“

Vorverkauf der Eintrittskarten zu 2 Mk., 1,50 Mk., 1 Mk. und 50 Pfg., in der Hofmusikalienhandlung **Fr. Doert**, Kaiserstr. 159, Eingang Ritterstraße.

Badischer Volkskalender für das Jahr 1918.

Preis 50 Pfg., nach auswärts und ins Feld 10 Pfg. Porto.
Nur noch geringer Vorrat.

Buchhandlung „**Volksfreund**“
Luisenstraße 24. — Tel. 128.

Daniels Konfektionshaus

Wilhelmstraße 34, 1. Et.
Damenröcke
in großer Auswahl. 2300

Mittag- und Abendessen
gut und reichlich, mäßige Preise.
2236 Kaiserstr. 22, 4. Et.

Pfannkuch & Co

Wir empfehlen:

Glas-Zylinder

in allen Größen.

Für Petrol:

Reform-Zylinder

Stück 40 Pfg.

Rniff-Zylinder

oben verschmolzen, mit Schutzmarke

Stück 35 Pfg.

Rniff-Zylinder

gewöhnliche, rauhe

Stück 30 Pfg.

Stern-Zylinder

fein, für Sparlampen

Stück 20 Pfg.

Für Gas:

Normal-Zylinder

Stück 40 Pfg.

Loch-Zylinder

Stück 50 Pfg.

Lochbirnen

für Hängelicht

Stück 70 Pfg.

Glühstrümpfe

stehend und hängend

Stück 75 Pfg.

Dochte

2199
Flachbrenner

Stück 10 Pfg.

Rundbrenner 6 u. 8"

Stück 15 Pfg.

10 und 14"

Stück 25 Pfg.

Bürsten



Einige Frauen und Mädchen

können in meine Fläscherei eintreten. 2264

Quittungskarte ist mitzubringen.

Brauerei **Fr. Hoepfner**

Waldstr. 16/18 COLOSSEUM Telefon 1938

Kapellmeister: Alois Waldes. Direktion: Gust. Kiefer. Bühnenleitung: Artur Götz.

Täglich abends pünktlich 8 Uhr. 2275

Das neue hervorragende Spezialitäten-Programm vom 16 bis mit 31. Januar 1918.

Willy Dürscheid, Deutschlands bester Mimikor.

3 Birkner.
Turnakt an den freistehenden Leitern.

Pepi Ganzer und Gusti
Der Mann in der Hut-schachtel.

Carl Bernhard, Humorist, prolongiert, mit neuen Vorträgen.

Germanus mit seinem lebenden Riesenspielzeug. Fabelhafte künstlerische Kraftleistung.

BertiWalker u. Wolpert
Hand- und Kopf-Akrobaten.

Grosse Illusion! **A. E. Delaune.** Original-Türken! Die Flucht aus der Kiste mit Hindernissen.

Museumsaal.

Samstag, den 19. Januar, abends 7 1/2 Uhr

Unter dem Allerhöchsten Protektorate Ihrer Königlichen Hoheit der Grossherzogin

HEIMATDANK-KONZERT

zugunsten des Ortsausschusses Karlsruhe.

Voranstalt von **Hertha Jay-Seldeneck**, Violine, **Beatrice Lauer-Kottlar**, Gesang, **Hedwig Marx-Kirsch**, Klavier.

Der Bechsteinflügel ist von **Hofkapellm. L. Schweisgut**, hier.

Eintrittskarten zu Mk. 10.—, 5.—, 3.—, 2.— u. 1.— u. Programme in der **Fr. Doert**, Kaiserstr. 159, Hofmusikalienhdlg. Ecke Ritterstr. Saal wird geheizt. 2276



Sendet Karten ins Feld.

Atlas der Ost- und Südostfront, 5 farbige Karten von 1. Südwestrussland, 2. Nordwestrussland, 3. Rumänien, 4. Mazedonien, 5. Aegypten.

Atlas der Westfront, 5 farbige Karten von 1. Istende-Arras, 2. Laon-Reims, 3. Reims-Verdun, 4. Toul-Nancy, 5. Kolmar-Belfort.

Die Karten sind gut beschriftet und deshalb zur Orientierung sehr geeignet.

Preis des gebundenen Taschen-Atlas 1 Mark. (nach auswärts und ins Feld 10 Pfg. Porto).

Venedig und die Piave-Linie

neueste Karte vom

Italienischen Kriegsschauplatz

gut beschriftet und sehr übersichtlich.

Preis 60 Pfg. (nach auswärts 5 Pfg. Porto).

Zu beziehen durch die

Buchhandlung **Volksfreund**, Luisenstr. 24.



Residenz-Theater Waldstrasse

Von Mittwoch bis einschl. Freitag

Alleiniges Erstaufführungsrecht!

Asta Nielsen und Arthur Schröder

Eine Rose der Wildnis

Erlebtes und Erträumtes in 1 Vorspiel und 3 Akten.

Flaps gewinnt das grosse Los

Film-Groteske in 2 Akten.

Richard Senius vom Theater am Nollendorfsplatz in Berlin. 2289

Der Meldehund in der Kriegs-Schule

Bild des Bild- und Film-Amt Berlin.

Voranzeige: Ab kommenden Samstag **Maria Garmi** in **Stiefkinder des Glücks.**